

Gornig, Martin

Working Paper — Digitized Version

Szenarien der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000

DIW Discussion Papers, No. 46

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Gornig, Martin (1992) : Szenarien der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000, DIW Discussion Papers, No. 46, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95765>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 46

Szenarien der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland
bis zum Jahr 2000

von

Martin Gornig

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
German Institute for Economic Research, Berlin

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Diskussionspapier Nr. 46

**Szenarien der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland
bis zum Jahr 2000**

von

Martin Gornig

Berlin, April 1992

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 1000 Berlin 33
Telefon: 49-30 - 82 991-0
Telefax: 49-30 - 82 991-200**

Gliederung

	Seite
1. Zielsetzung	3
2. Veränderte Rahmenbedingungen	5
2.1 Außenwirtschaft	5
2.2 Binnenwirtschaft	6
3. Szenarien für Westdeutschland	9
3.1 Endnachfrage und Bruttosozialprodukt	9
3.2 Produktion und Beschäftigung	16
4. Szenarien Ostdeutschland	21
4.1 Endnachfrage und Bruttosozialprodukt	21
4.2 Produktion und Beschäftigung	37

1. Zielsetzung

Der politische Wandel in Europa hat die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und seinen Regionen einschneidend verändert. Das Bild von den wirtschaftlichen Auswirkungen aber, welche die Vereinigung Deutschlands, die Integration Westeuropas und die Öffnung Osteuropas haben werden, ist zur Zeit eher unklar und widersprüchlich. Hierzu trägt auch bei, daß im politischen Bereich noch viele Entscheidungen zur Konkretisierung der neuen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns ausstehen.

Dem gegenüber steht ein vielfältiger Bedarf an Einschätzungen der künftigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland auch in quantitativer Hinsicht. Angesichts der bestehenden Unsicherheiten und tendenziell sprunghafter Veränderungen sind jedoch traditionelle Prognosetechniken, die mit ökonometrischen Verlaufsmodellen und ihren Strukturen arbeiten, kaum anwendbar. Deshalb wird hier auf die Szenariotechnik zurückgegriffen, in der wesentliche Entwicklungsbedingungen alternativ gesetzt werden und auf deren Basis unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungspfade quantitativ beschrieben werden.

Die Szenarien sollen allerdings nicht die gesamte Breite möglicher Entwicklungen abbilden, beispielsweise im Sinne einer Wunschvision der denkbar günstigsten und einer Horrorvision der denkbar ungünstigsten Entwicklung. Angestrebt werden vielmehr zwei Szenarien, die ausgehend von vorliegenden Erkenntnissen z.B. zu Marktpotentialen, Investitionsabsichten und Standortfaktoren, realitätsnahe Entwicklungspfade beschreiben.

Im folgenden werden zunächst für die beiden Szenarien grundlegende Annahmen zu den außen- und binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dargestellt. In einem zweiten Schritt werden dann im Rahmen eines Zwei-Länder-Modells quantitative Entwicklungspfade für West- und Ostdeutschland beschrieben. Ausgangspunkt der Quantifizierungen ist die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Hierbei werden Auswirkungen auf der Verwendungs- und Entstehungsseite dargestellt und insbesondere auf die Wechselwirkungen zwischen den Entwicklungen in West- und Ostdeutschland eingegangen. Zeithorizont der Modellrechnungen ist die Periode 1992 bis 2000. Die Berechnungen werden ausschließlich in konstanten Preisen des Jahres 1991 durchgeführt. Eine nominelle Betrachtung und damit auch eine Finanzierungsrechnung wurde nicht vorgenommen.

2. Veränderte Rahmenbedingungen

2.1 Außenwirtschaft

Für ein stark exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland - dies gilt hinsichtlich der Produktionspotentiale auch für den ostdeutschen Teil - sind die Entwicklungen auf den Auslandsmärkten und der Bedingungen des Außenhandels von zentraler Bedeutung¹. Im besonderen gilt dies für die Wirkungen des EG-Binnenmarktes und die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes unter Einschluß der Efta-Staaten. Im politischen Bereich sind hier zumindest in den Grundzügen die neuen Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Aktivitäten festgelegt. Betrachtet man Untersuchungen zu den ökonomischen Folgen des Integrationsprozesses in Westeuropa, werden - wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten - die expansiven Wirkungen auf die Wirtschaft hervorgehoben².

Sehr viel größere Unsicherheiten bestehen dagegen hinsichtlich der Fortschritte im Rahmen der GATT-Verhandlungen und insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa³. In beiden Szenarien wird hier von unterschiedlichen Entwicklungen ausgegangen. Im ersten Szenario wird damit gerechnet, daß eine Sicherung und Weiterentwicklung des liberalen Welthandels gelingt und in Osteuropa eine Stabilisierung der Wirtschaft einsetzt, die allmählich eine stärkere Einbindung dieser Länder in den Welthandel ermöglicht. Die hiermit erfahrungsgemäß verbundenen Impulse lassen erwarten, daß die weltwirtschaftliche Dynamik überwiegend hoch ist.

Das zweite Szenario ist dagegen eher durch zunehmende Behinderungen des Welthandels und starker Belastungen im Zuge des wirtschaftlichen Umstellungsprozesses in Osteuropa gekennzeichnet. Hier ist anzunehmen, daß dies auch negative Folgen für die wirtschaftliche

¹Vgl. Stäglich, R.: Direkte und indirekte Exportabhängigkeit der Produktionsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland 1986 - 1989, in: Wochenberichte des DIW, Heft 4, 1992. Neumann, F.: Kräftige Einbußen der ostdeutschen Exportwirtschaft, in: ifo-Schnelldienst, Heft 18, 1991.

²Vgl.: Cecchini 1988: Europa '92: Der Vorteil des Binnenmarktes (Cecchini-Bericht), Baden-Baden 1988. Matthes, H.: Am Beginn eines neuen Wachstumstrends, in: Wirtschaftsdienst, Heft 12, 1990.

³Vgl.: Prognos world reports: Entwicklungspotentiale im Osten - Standorte und Märkte - Basel 1991. Lorenz, D.: West- und Osteuropa - weltwirtschaftliche Probleme des Zusammenwachsens, in: Wirtschaftsdienst, Heft 12, 1990.

Entwicklung weltweit besitzt. Stabilisierend auf die Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa wirkt sich aber auch unter diesen Bedingungen der hiesige Integrationsprozeß aus.

Eng verbunden mit den Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung sind die Veränderungen der Wanderungsströme in Europa. Vor allem mit der Öffnung Osteuropas ist die Erwartung verknüpft, daß die Nettozuwanderungen nach Deutschland künftig stark zunehmen. Welche Höhe sie konkret bis zum Jahr 2000 annehmen, kann kaum prognostiziert werden. Jedoch ist damit zu rechnen, daß die Abwanderungstendenz um so höher sein wird je langsamer sich die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in Osteuropa verbessern.

Im Szenario I wird in Anlehnung an vorliegenden Vorausschätzungen des DIW mit einer eher moderaten Zuwanderung gerechnet, während im zweiten Szenario bei ungünstigerer Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa von einer stark steigenden Bevölkerungszahl in Deutschland ausgegangen wird⁴.

2.2 Binnenwirtschaft

Eine zentrale Rolle für die Einschätzung der mittelfristigen Entwicklungsperspektiven in Deutschland besitzt der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß in der ehemaligen DDR. Während aber in Westdeutschland die ökonomischen Auswirkungen dieser Veränderungen kalkulierbar bleiben, ist die Dynamik des Entwicklungspfad, den die ostdeutsche Wirtschaft gehen wird, weitgehend unbestimmt. Nur in Teilbereichen - wie der Modernisierung der Infrastruktur, der Angleichung der Tarillöhne und der Neuregelung der Staatsfinanzen - zeichnen sich erste Konturen der neuen Strukturen in Ostdeutschland ab⁵.

Im Bereich der Infrastruktur lassen die gegenwärtigen Planungen und Investitionsabsichten erwarten, daß zumindest in den übergeordneten Verkehrs- und Telekommunikationsanbindungen bis zum Jahr 2000 keine gravierenden Rückstände im Vergleich zu Westdeutschland mehr bestehen. Ein rascher Angleichungsprozeß zeichnet sich auch bei den

⁴Vgl.: Kirner E. und E. Schulz: Angebot an Arbeitskräften in Deutschland auf längere Sicht, in: Wochenberichte des DIW, Heft 49, 1990.

⁵Vgl.: Hahn, W.: Verkehrsinvestitionen im Aufholprozeß Ostdeutschlands, in: ifo-Schnelldienst, Heft 28, 1991. Bispinck, R.: Alle Dämme gebrochen? - Die Tarifpolitik in den neuen Bundesländern -, in: WSI-Mitteilungen, Heft 8, 1991. Boss, A.: Mittelfristige Perspektiven der Finanzpolitik, in: Weltwirtschaft, Heft 2, 1991.

Tariflöhnen ab. Schon bis Mitte der neunziger Jahre ist davon auszugehen, daß keine erheblichen Unterschiede zwischen den tariflichen Ecklöhnen in West- und Ostdeutschland mehr bestehen. Allerdings ergeben sich auch dann - vergleichbar den regionalen Lohndifferenzen innerhalb Westdeutschlands - erhebliche Spielräume für geringere Effektivlöhne in Ostdeutschland. Gewisse zwangsläufige Entwicklungen zeichnen sich auch im staatlichen Bereich ab. Hierzu zählt vor allem das westdeutsche Sozialversicherungssystem, welches auch in Ostdeutschland eingeführt wurde und in seinem Grundprinzip der gesamtstaatlichen Umlagefinanzierung kaum verändert werden wird. Auch bei der Finanzausstattung der ostdeutschen Gebietskörperschaften ist absehbar, daß durch Bundeszuschüsse und eine vertretbare Einbindung Ostdeutschlands in den Länderfinanzausgleich ein Mindestmaß an Handlungsfähigkeit gesichert wird.

Inwieweit jedoch unter diesen Bedingungen ein rascher wirtschaftlicher Aufholprozeß einsetzen wird, ist äußerst umstritten. Die Vorstellungen reichen hier von einem einsetzenden breiten Deindustrialisierungsprozeß in Ostdeutschland bis hin zur Hoffnung auf ein zweites Wirtschaftswunder. Eine Schlüsselrolle bei der Bewertung der Perspektiven Ostdeutschlands spielen unterschiedliche Auffassungen zum Umfang der Direktinvestitionen westlicher Unternehmen. Die ostdeutschen Unternehmen sind allein aufgrund ihrer schlechten Ertragssituation, die sich angesichts rasant steigender Lohnkosten kurzfristig nicht verbessern wird, kaum in der Lage, aus eigener Kraft die zur Umstrukturierung notwendigen Investitionen zu finanzieren⁶.

Der Umfang westlicher Direktinvestitionen aber läßt sich angesichts oft nur vager Investitionsabsichten nicht zuverlässig herleiten. Es bietet sich daher an, in den beiden Szenarien von einem unterschiedlich starken Engagement westlicher Unternehmen und damit einem unterschiedlichen Tempo des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses in Ostdeutschland auszugehen. Im Szenario I wird damit gerechnet, daß, getragen durch starke Impulse der Direktinvestitionen auf breiter Front, neue - auch zu den hohen Lohnkosten - wettbewerbsfähige Strukturen aufgebaut werden und hierdurch bereits bis zum Jahr 2000 ein wesentlicher Schritt zur Angleichung der Einkommens- und Beschäftigungssituation zwischen West- und Ostdeutschland getan wird. Im Szenario II werden die geringeren

⁶Vgl.: Flassbeck, H. und W. Scheremet: Wirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, in: Jesse, E./A. Mitter (Hrsg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1992.

Direktinvestitionen nur ausreichen, selektiv Produktionsstandorte im Bereich international handelbarer Güter in Ostdeutschland aufzubauen. Die ostdeutsche Wirtschaft wird hier bis zum Jahr 2000 sowohl im Niveau deutlich hinter Westdeutschland zurückbleiben als sich auch in ihrer Struktur wesentlich von der westdeutschen unterscheiden.

Auch im Bezug auf West- und Ostdeutschland ist der starke Zusammenhang von ökonomischer und demographischer Entwicklung zu beachten. In Anlehnung an Alternativrechnungen des DIW zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wird daher im ersten Szenario bei günstiger Wirtschaftsentwicklung mit abnehmenden Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland gerechnet, während im zweiten Szenario weiterhin von hohen Abwanderungen aus Ostdeutschland ausgegangen wird⁷.

⁷Zugrunde gelegt wurden aktuelle Berechnungen auf der Basis früherer Modellrechnungen. Vgl. Schulz, E.: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR, in: Wochenberichte des DIW, Heft 23 - 24, 1990.

3. Szenarien für Westdeutschland

3.1 Endnachfrage und Bruttosozialprodukt

Die neuen politischen Rahmenbedingungen verändern die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven auch der westdeutschen Wirtschaft, wenn auch bei weitem nicht in dem Ausmaß wie in Ostdeutschland. Ausgangspunkt der Überlegungen sind daher vorhandene Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung⁸. Die dort beschriebenen Entwicklungen werden ergänzt um Auswirkungen, die sich aus den Annahmen zur Einbindung Ostdeutschlands in die nationale Arbeitsteilung und zu den Folgen der Umstrukturierung in Osteuropa ergeben könnten. Bei dem Versuch der Quantifizierung der veränderten Entwicklungspfade werden zunächst mögliche Wirkungen auf der Verwendungsseite dargestellt bevor anschließend auf die komplementären Veränderungen auf der Entstehungsseite eingegangen wird.

Wettbewerbsstellung und Außenbeitrag

Die westdeutsche Wirtschaft besitzt traditionell eine starke Wettbewerbsposition auf den internationalen Märkten. Dies drückt sich einerseits in einer hohen Exportquote und andererseits in einem im Regelfall deutlich positiven Außenbeitrag aus. In jüngster Zeit mehrten sich wie schon häufiger Zweifel an der Vorteilhaftigkeit des Produktionsstandortes Westdeutschland. Genannt werden stärker steigende Lohnkosten, Sozialbeiträge und Umweltschutzaufgaben bzw. vergleichsweise höhere Steuerbelastungen und eine stärkere Regulierungsdichte. Diesen - im Einzelfall durchaus umstrittenen - Belastungen stehen allerdings auch erhebliche Vorteile gegenüber. Hierzu zählt das hohe Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, die günstige Infrastrukturausstattung sowie schwer quantifizierbare Vorteile wie politische Stabilität, Sozialpartnerschaft, bessere Umweltbedingungen und eine günstige wirtschaftsgeographische Lage im zusammenwachsenden Europa.

Aus den bisherigen Befunden läßt sich insgesamt eine Beeinträchtigung der Standortqualität Westdeutschlands kaum ableiten. Vorliegende Untersuchungen, die aus den unterschiedlichen Tendenzen Gesamtbewertungen der Wettbewerbsstellung Westdeutschlands unter den neuen Rahmenbedingungen vornehmen, kommen überwiegend zu dem Schluß,

⁸Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Technischer Fortschritt und Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. eine empirische Analyse und Prognose, Berlin 1989. Prognos world reports: Industrial countries 1991, Basel 1990.

daß mittelfristig diese Region im Gegenteil von einer Liberalisierung des Handels erheblich profitieren wird⁹.

Es spricht daher vieles dafür, daß im ersten Szenario bei stark steigendem Welthandelsvolumen die Exporte Westdeutschlands deutlich zulegen werden. Neben Exportchancen auf den internationalen Märkten wird hierzu auch der Wachstumsprozeß in Ostdeutschland beitragen. Auch wenn die Importquote im Vergleich zur anormalen Situation 1991 extrem zurückgehen wird, dürfte das insgesamt höhere Verbrauchsniveau in Ostdeutschland dies überkompensieren. Im Szenario I wird die Entwicklung der Exporte aber voraussichtlich noch deutlich von der der Importe übertroffen werden. Das ist mit eine Folge der in diesem Szenario angenommenen positiven Entwicklung in Ostdeutschland, das seine Lieferungen nach Westdeutschland deutlich steigern wird. Ebenso läßt sich eine Stabilisierung und Einbindung Osteuropas in den Welthandel nur vorstellen, wenn Länder wie die alte Bundesrepublik ihre Märkte für Importe aus osteuropäischen Ländern stärker öffnen. Der reale Außenbeitrag in diesem Szenario dürfte daher nur unwesentlich höher liegen als zu Beginn der neunziger Jahre.

Im zweiten Szenario sind die außenwirtschaftlichen Bedingungen deutlich ungünstiger. Dennoch ist aufgrund der Entwicklungen im EG-Binnenmarkt mit steigenden Exporten zu rechnen, wengleich der Zuwachs unter dem im Szenario I bleiben wird. Da gleichzeitig aber die Exportfähigkeit sich in Ostdeutschland und Osteuropa nur langsam verbessert, dürften die Importe nur unwesentlich stärker zulegen als die Exporte. Es erscheint daher plausibel, daß der reale Außenbeitrag Westdeutschlands im zweiten Szenario weiter ansteigt.

Finanzierungsprobleme und staatliche Aktivitäten

Eine Abschätzung staatlicher Aktivitäten ist immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Zum einen müssen die politischen Willenserklärungen zum künftigen Kurs der Ausgaben- und Finanzpolitik berücksichtigt werden. Zum anderen muß ihre Realisierbarkeit bewertet werden. Zudem kommt hinzu, daß im Rahmen der Konzeption einer politischen Union in Westeuropa die Abgabe nationaler Souveränitäten vorgesehen und im Zusammenhang mit

⁹Vgl.: Schumacher, D. und F. Stille: Gefährdet die Lohnkostenentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, in: Wochenberichte des DIW, Heft 11, 1992. Nam, C. u.a.: Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter EG-Regionen, in: ifo-Schnelldienst, Heft 9, 1990.

der Entwicklung in Osteuropa auf die Bundesrepublik neue Verantwortung zugekommen ist.

Besonders spürbar sind die veränderten Bedingungen staatlicher Aktivitäten schon jetzt im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands. Den steigenden Bedarf nach staatlichen Dienstleistungen und Investitionen in Westdeutschland durch die kräftige Bevölkerungszunahme stehen erhebliche finanzielle Belastungen durch Umschichtungen von Finanzmitteln nach Ostdeutschland entgegen. Die Spielräume für eine Ausweitung der staatlichen Aktivitäten in Westdeutschland sind daher mittelfristig sehr begrenzt und in hohem Maße abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Neben verfassungsrechtlichen Gründen tragen hierzu insbesondere bereits beschlossene Maßnahmen zur Umlenkung von Fördermitteln, zur Sanierung der Infrastruktur und zur Einbindung in das Sozialversicherungssystem bei. Da gleichzeitig die Möglichkeiten einer erhöhten Verschuldung und einer starken Anhebung der Steuer- und Abgabensätze begrenzt sind, wird die Entwicklung staatlicher Aktivitäten wesentlich durch die Veränderung des Transferbedarfs Ostdeutschlands bestimmt¹⁰.

Im ersten Szenario wird aufgrund der günstigen Einkommens- und Beschäftigungssituation Ostdeutschlands Schritt für Schritt ein größerer Anteil der öffentlichen Ausgaben von den dortigen Gebietskörperschaften finanziert werden können. In Westdeutschland dürften die damit eröffneten Finanzspielräume für eine moderate Ausweitung des Staatsverbrauchs und eine deutliche Erhöhung der Staatsinvestitionen genutzt werden, die zu einem Abbau der aufgestauten Investitionsbedarfe insbesondere im Bereich der Infrastruktursanierung beitragen¹¹. Die Steuer- und Abgabenbelastung von Unternehmen und Haushalten könnte mittelfristig wieder auf das Niveau Ende der achtziger Jahre zurückgeführt werden.

Die angenommene ungünstige Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands im zweiten Szenario läßt unter den gegebenen Bedingungen erwarten, daß mittelfristig die Transferzahlungen Westdeutschlands auf hohem Niveau verharren. In Westdeutschland werden daher

¹⁰Vgl.: Milbradt, G.: Finanzausgleich nach der Vereinigung, in: Die deutsch-deutsche Integration, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 39, Berlin 1992.

¹¹Vgl. Reidenbach, M. und G. Kühn: Die Erhaltung der städtischen Infrastruktur - Analysen, Finanzbedarf, Strategien-, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Stuttgart 1989.

vermutlich alle Anstrengungen unternommen, das Wachstum des Staatsverbrauchs stark zu begrenzen. Entsprechend den Erfahrungen in der Vergangenheit dürfte die ungünstige Finanzsituation vor allem aber zu Lasten der Investitionen der westdeutschen Gebietskörperschaften gehen. Die Investitionen des Staates in Westdeutschland werden daher voraussichtlich ausgehend von einem niedrigen Niveau nur sehr schwach steigen. Die Notwendigkeit, einerseits die Versorgung mit öffentlichen Gütern in Westdeutschland weiterhin zu gewährleisten und andererseits erhebliche Mittel für die Entwicklung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland zur Verfügung zu stellen, kann unter den ungünstigen Bedingungen des zweiten Szenarios nur Rechnung getragen werden, wenn dem dauerhaft steigenden Finanzbedarf auf der Einnahmeseite entsprechend höhere Steuern und Abgaben gegenüberstehen.

Wettbewerbsintensität und Investitionen

Die Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen in Europa stellen erhebliche Anforderungen zur Umstrukturierung von Produktionsprozessen und Produkten der Unternehmen. Vor allem die zunehmende Wettbewerbsintensität im Rahmen des EG-Binnenmarktes läßt erwarten, daß der Investitionsbedarf der privaten Produktionsunternehmen mittelfristig weiter hoch bleibt. Vorhandene Produktivitätspotentiale müssen verstärkt genutzt, die Produktpalette muß den veränderten Märkten angepaßt, neue technologische Erkenntnisse müssen rascher in den Produktionsprozeß umgesetzt und die Produktionsbedingungen den verschärften Umweltschutzvorschriften gerecht werden.

In beiden Szenarien wird daher von einer mittelfristig weiterhin ansteigenden Tendenz bei Ausrüstungsinvestitionen und gewerblichen Bauinvestitionen der Unternehmen ausgegangen. Allerdings dürften sich gegenüber dem Wachstumstempo Ende der achtziger Jahre die Zuwachsraten deutlich verringern. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe ist durch die massive Investitionstätigkeit der letzten Jahre ein Wachstum des Produktionspotentials angelegt, daß zunächst eine leichte Abschwächung der Investitionsneigung erwarten läßt¹². Im Szenario I dürfte danach aufgrund der günstigeren Annahmen zur Absatzentwicklung auf den heimischen und internationalen Märkten und des damit verbundenen Erweiterungs-

¹²Vgl.: Görzig, B.: Zur Kapitalausstattung des verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1992.

bedarfes der durchschnittliche Investitionspfad wieder etwas höher liegen. Überproportional profitieren werden hiervon die gewerblichen Bauinvestitionen.

Eine ebenfalls in beiden Szenarien positive Entwicklungstendenz wird für die Wohnungsbauinvestitionen erwartet. Steigende Bevölkerungszahlen und höhere Spielräume für Mietsteigerungen dürften vor allem im Mietwohnungsbau zu erheblichen Investitionsaufstockungen führen. Aufgrund der äußerst begrenzten finanziellen Möglichkeiten für wohnungspolitische Maßnahmen der Gebietskörperschaften wird das Neubauniveau im zweiten Szenario aber weiterhin deutlich hinter dem Bedarf zurückbleiben.

Einkommen und privater Verbrauch

Wesentliche Bestimmungsgröße des privaten Verbrauchs ist neben der Zahl der Konsumenten das verfügbare Einkommen der Haushalte. Im ersten Szenario zeichnet sich aufgrund der hohen außenwirtschaftlichen Impulse und den stärkeren Aktivitäten des Staates eine günstige Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland ab. Bei gleichzeitig hohen Produktivitätsspielräumen und abnehmenden steuerlichen Belastungen im Zusammenhang mit der Entwicklung in Ostdeutschland dürften die verfügbaren Einkommen deutlich zulegen. Trotz weiterhin hoher Sparneigung ist daher mit einer kräftigen Ausweitung des privaten Verbrauchs zu rechnen. Zusätzliche Impulse dürften darüber hinaus von der steigenden Bevölkerungszahl ausgehen, da unter den Bedingungen des Szenario I eher mit einer raschen Eingliederung und damit positiven Einkommenseffekten im Gefolge der Zuwanderungen gerechnet werden kann.

Im zweiten Szenario ist mit der tendenziell geringeren wirtschaftlichen Dynamik in Westdeutschland und den Einkommensbelastungen durch Ausgabekürzungen und Einnahmeerhöhungen des Staates von einer ungünstigeren Entwicklung der verfügbaren Einkommen auszugehen. Der private Verbrauch dürfte daher deutlich langsamer zunehmen als im ersten Szenario. Kompensationseffekte, die sich aus der stärkeren Bevölkerungszunahme durch osteuropäische Zuwanderungen ergeben, dürften dagegen gering bleiben. Ein Großteil von ihnen wird bei den wirtschaftlichen Bedingungen im zweiten Szenario nur schwer den Zugang in stabile Beschäftigungsverhältnisse finden, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Einkommensposition dieser Bevölkerungsgruppe.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Insgesamt wird die wirtschaftliche Dynamik in Westdeutschland mittelfristig weiterhin hoch bleiben. Im ersten Szenario kann ausgelöst durch außenwirtschaftliche und staatliche Impulse und getragen vom privaten Konsum mit durchschnittlichen Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts von 2,3 vH jährlich gerechnet werden: Ein - angesichts des konjunkturell hohen Ausgangswertes - steiler Wachstumspfad, der an den Entwicklungspfad in der 2. Hälfte der 80er Jahre anknüpft.

Aber auch im zweiten Szenario hält die westdeutsche Wirtschaft ein hohes Entwicklungstempo, wenngleich die binnenwirtschaftlichen Impulse hier deutlich geringer sind. Die Wachstumsanstöße aus dem EG-Binnenmarkt und aus der Vereinigung Deutschlands dürften ausreichen, auch hier einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts bis zum Jahr 2000 von etwa 1,8 vH zu erreichen.

Tabelle 1

Entwicklung von Nachfrage und Produktion in Westdeutschland

	1980	1986	1991	1993	2000	
					I	II
in Mrd DM 1)						
Privater Verbrauch	1128,6	1191,3	1379,1	1420	1724	1620
Staatsverbrauch	412,4	447,3	469,4	493	560	530
Anlageinvestitionen	448,9	432,6	569,8	581	711	661
Staat	69,3	56,3	60,6	58	76	67
Wohnungsbau	142,4	124,7	150,4	161	193	175
Unternehmen 2)	238,0	252,2	358,7	362	441	420
Lagerveränderungen	13,2	2,2	9,1	12	15	15
Inländische Nachfrage	2003,1	2073,4	2427,4	2507	3009	2827
Export	526,6	681,3	1009,1	1084	1463	1408
Gesamtnachfrage	2529,7	2754,7	3436,5	3591	4472	4235
Importe	485,5	546,8	821,1	892	1265	1173
Bruttosozialprodukt	2044,1	2207,9	2615,4	2699	3207	3062
Nachrichtlich: Außenbeitrag	41,0	134,4	188,0	192	198	234
Veränderung in vH 3)						
	Zur Vorperiode			zu 1991		
Privater Verbrauch		0,9	3,0	1,5	2,5	1,8
Staatsverbrauch		1,4	1,0	2,5	2,0	1,4
Anlageinvestitionen		-0,6	5,7	1,0	2,5	1,7
Staat		-3,4	1,5	-2,5	2,6	1,1
Wohnungsbau		-2,2	3,8	3,5	2,8	1,7
Unternehmen 2)		1,0	7,3	0,4	2,3	1,8
Lagerveränderungen	
Inländische Nachfrage		0,6	3,2	1,6	2,4	1,7
Export		4,4	8,2	3,6	4,2	3,8
Gesamtnachfrage		1,4	4,5	2,2	3,0	2,3
Importe		2,0	8,5	4,2	4,9	4,0
Bruttosozialprodukt		1,3	3,4	1,6	2,3	1,8
in 1000 DM 1)						
Privater Verbrauch je Einwohner	18,3	19,5	21,6	22,1	26,4	24,2
Staatsverbrauch je Einwohner	6,7	7,3	7,4	7,7	8,6	7,9
Anlageinvestitionen						
Staat je Einwohner	1,1	0,9	0,9	0,9	1,2	1,0
Wohnungsbau je Einwohner	2,3	2,0	2,4	2,5	3,0	2,6
Unternehmen je Erwerbstätigen 2)	10,8	11,7	15,2	15,1	18,0	17,8
Exportquote in vH 4)	20,8	24,7	29,4	30,2	32,7	33,2
Importquote in vH 4)	19,2	19,9	23,9	24,8	28,3	27,7
1) In Preisen von 1991.- 2) Ohne Wohnungsvermietung.- 3) Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate.- 4) Im Bezug zur Gesamtnachfrage.						
Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; 1992, 1993: Schätzungen des DIW; 2000: Szenarioannahmen.						

3.2 Produktion und Beschäftigung

Die neuen politischen Rahmenbedingungen verändern in vielfältiger Weise die Wettbewerbsbedingungen und Nachfragepotentiale auf den nationalen und internationalen Märkten. Dies wird erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Produktionsstrukturen in Westdeutschland haben. Berücksichtigt man darüber hinaus die unterschiedlichen Produktivitätspotentiale in den Wirtschaftsbereichen, lassen sich hieraus auch Vorstellungen über die mittelfristigen Beschäftigungstendenzen in der Warenproduktion und im Dienstleistungsbereich ableiten.

Warenproduktion

Erhebliche Veränderungen der Konkurrenzsituation zeichnen sich in der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Einbindung der ostdeutschen Betriebe und der Neuordnung des Welthandels ab. Vor allem unter den Bedingungen des Szenario I wird der Konkurrenzdruck auf die westdeutsche Landwirtschaft stark zunehmen. Bestehende Produktivitätsreserven müßten dann - soll der Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung nicht verloren gehen - stärker als bisher genutzt werden. Allerdings werden die Möglichkeiten weiterer Produktivitätssteigerungen begrenzt durch den hohen Anteil von Nebenerwerbsbetrieben und eine immer stärkere Berücksichtigung der landschaftspflegenden Funktion der bäuerlichen Betriebe. Bei nur unterdurchschnittlicher Nachfrageentwicklung dürfte sich der Beschäftigungsabbau in der westdeutschen Landwirtschaft bis zum Jahr 2000 beschleunigen. Im zweiten Szenario ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten, wobei hier weniger der zunehmende Konkurrenzdruck als vielmehr die nur geringe Nachfrageausweitung von Bedeutung ist.

Ebenfalls stark von der Veränderung marktregulierender Eingriffe betroffen ist der Bereich Energie und Bergbau. Im ersten Szenario wird davon ausgegangen, daß sich immer mehr europäische und weltweite Energiekonzepte durchsetzen, mit der Folge einer noch stärkeren internationalen Arbeitsteilung. Für Westdeutschland dürfte dies mit einer drastischen Reduktion von Produktion und Beschäftigung insbesondere im Bergbau verbunden sein. Im zweiten Szenario dagegen wird die Rückführung des Bergbaus vermutlich schwächer ausfallen, wodurch trotz des insgesamt geringeren Zuwachses beim Energiebedarf die Beschäftigung höher als im ersten Szenario liegen wird.

Überdurchschnittlich profitieren von den binnen- und außenwirtschaftlichen Veränderungen dürfte dagegen das verarbeitende Gewerbe in Westdeutschland. Eine in den meisten Industriezweigen günstige Wettbewerbsstellung läßt erwarten, daß die mittelfristig hohen Nachfragepotentiale im EG-Binnenmarkt und im Umstrukturierungsprozeß Ostdeutschlands sowie die neuen Absatzchancen in Osteuropa die Produktion in Westdeutschland stimuliert¹³. Allerdings ist aufgrund des weiter zunehmenden Wettbewerbsdrucks nicht damit zu rechnen, daß das historisch einmalig hohe Beschäftigungsniveau des verarbeitenden Gewerbes von 1991 kaum noch ausgeweitet werden wird bzw. im zweiten Szenario sogar leicht sinkt. Vielmehr wird sich nach dem plötzlichen Nachfrageschub im Zuge der Währungsunion mit der ehemaligen DDR mittelfristig wieder ein höherer Produktivitätszuwachs durchsetzen.

Die Unterschiede zwischen den beiden Szenarien liegen dabei weniger in der Entwicklung des Produktionsniveaus, sondern mehr in den strukturellen Veränderungen. Im ersten Szenario wird insbesondere aufgrund der Modernisierung des Kapitalstocks in Ostdeutschland und Osteuropa der Investitionsgüterbereich stark expandieren. In vielen Verbrauchsgüterbereichen werden die positiven Nachfrageimpulse dagegen nicht zum Tragen kommen, da bei einer weiteren Öffnung des westdeutschen Marktes mit zunehmendem Importdruck zu rechnen ist. Im zweiten Szenario werden die außenwirtschaftlichen Impulse dagegen geringer ausfallen und damit die Strukturverschiebungen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes nicht dieses Ausmaß erreichen.

Deutlichere Differenzen zwischen beiden Szenarien zeichnen sich dagegen für die Bauwirtschaft ab. Steigende Einkommen und günstigere Finanzierungsbedingungen im Wohnungsbau sowie eine dauerhafte Expansion der staatlichen Infrastrukturinvestitionen werden im ersten Szenario zu einem starken Wachstum der Bauproduktion beitragen. Trotz der Produktivitätssteigerungen wird daher auch die Beschäftigung im westdeutschen Baugewerbe weiter ansteigen. Bei deutlich geringeren staatlichen Impulsen in Westdeutschland, wie im zweiten Szenario unterstellt, dürfte sich die Beschäftigung allerdings kaum verändern.

¹³Vgl. Konle-Seidl, R. u.a.: Die Entwicklung der Arbeitsmärkte im Europäischen Binnenmarkt bis zum Jahr 2000, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2, 1990.

Dienstleistungsbereich

Die Entwicklung privater Dienstleistungen ist traditionell eng an die Veränderungen der Binnenwirtschaft insgesamt gekoppelt. Im Handel, dem Gastgewerbe und anderer haushaltsorientierter Dienstleistungen gilt dies vor allem für die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Im ersten Szenario bei einer starken Expansion des privaten Verbrauchs, dürften die Leistungen dieser Dienstleistungsbereiche kräftig zunehmen. Da der Nachfragezuwachs vermehrt auf hochwertige und damit in der Regel personalintensive Bereiche konzentriert wird, ist hier auch mit einer starken Ausweitung der Beschäftigung zu rechnen. Die angenommene ungünstigere Entwicklung der verfügbaren Einkommen im zweiten Szenario dürfte dagegen die Expansion haushaltsorientierter Dienstleistungen beschränken.

Andere Dienstleistungsbereiche wie der Verkehr und unternehmensorientierte Dienstleistungen werden im Zuge der neuen Bestimmungen im EG-Binnenmarkt stärker als bisher in die internationale Arbeitsteilung eingebunden¹⁴. Mittelfristig werden allerdings aufgrund der notwendigen Kundennähe und Kenntnis der nationalen Mentalitäten auch hier die Entwicklungschancen stark von binnenwirtschaftlichen Impulsen dominiert bleiben. Eine günstige Entwicklung der westdeutschen Industrie und eine marktlich und technologisch bedingte weitere Zunahme des Steuerungs- und Organisationsbedarfs läßt daher ein sehr dynamisches Wachstum in Westdeutschland erwarten. Hierzu beitragen werden auch direkt oder indirekt weiterhin Nachfrageimpulse nach hochwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen aus Ostdeutschland. Trotz großer Rationalisierungspotentiale dürfte daher der Beschäftigungsabbau im Verkehrsbereich begrenzt werden können und sich die Beschäftigungsexpansion bei unternehmensorientierten Dienstleistungen fortsetzen. Der Entwicklungsvorsprung im ersten Szenario wird allerdings deutlich geringer sein als bei den haushaltsorientierten Dienstleistungen.

Die Entwicklung staatlicher Dienstleistungen ist eng gekoppelt an die vorhandenen Finanzierungsspielräume der Gebietskörperschaften. Im ersten Szenario wird erwartet, daß mit der günstigeren Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland auch in Westdeutschland das Beschäftigungsniveau im staatlichen Bereich den gestiegenen Anforderungen angepaßt wird.

¹⁴Vgl. Empirica: Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Binnemarktes auf Sektoren und Regionen der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.

Im zweiten Szenario erscheint dagegen eine weitere Ausweitung des Personalbestandes angesichts der angespannten Finanzlage der Gebietskörperschaften kaum möglich.

Gesamtwirtschaft

Die Verlagerung von Produktion und Beschäftigung von der Warenproduktion zum Dienstleistungsbereich setzt sich mittelfristig in beiden Szenarien fort. Das Tempo des Tertiärisierungsprozesses wird im ersten Szenario allerdings deutlich höher sein. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung wird dabei etwas höher liegen als die Zuwachsrates des Bruttosozialproduktes. Hierin kommt im wesentlichen zum Ausdruck, daß in beiden Szenarien im Rahmen der Normalisierung der innerdeutschen Arbeitsteilung weiterhin mit hohen Pendlerzahlen von Ostdeutschen und vermehrt auch von Osteuropäern gerechnet werden kann.

Die Gesamtbeschäftigung wird unter den günstigen Bedingungen des ersten Szenarios trotz eines beschleunigten Produktivitätsanstiegs mittelfristig weiter zunehmen. Im zweiten Szenario ist dagegen zu erwarten, eine weitere Beschäftigungszunahme über das Niveau von 1991 mittelfristig nicht gehalten werden kann. Berücksichtigt man, daß gleichzeitig im Zuge eines starken Bevölkerungsanstieges mit einem weiteren Anstieg des Arbeitskräftepotentials zu rechnen ist, würde sich für das Jahr 2000 nur eine Auslastung dieses Potentials von etwa 90 vH ergeben. Im ersten Szenario dürfte sich dagegen die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin leicht entspannen.

Tabelle 2

Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in Westdeutschland

	1980	1986	1991	1993	2000		1986/ 1980	1991/ 1986	1993/ 1991	2000/1991	
					I	II				I	II
					absolut						Veränderung in vH 1)
Bruttowertschöpfung in Mrd DM 2)											
Land- und Forstwirtschaft	27,6	33,2	32,2	31	33	33	3,2	-0,6	-2,5	0,4	0,1
Energie und Bergbau	66,7	65,6	72,6	73	79	78	-0,3	2,0	0,2	0,9	0,8
Verarbeitendes Gewerbe	667,6	698,0	787,0	807	953	931	0,7	2,4	1,3	2,1	1,9
Baugewerbe	139,7	126,0	140,0	146	173	158	-1,7	2,1	2,3	2,4	1,3
Handel und Gastgewerbe	199,7	204,3	250,0	262	300	288	0,4	4,1	2,4	2,0	1,6
Verkehr und Nachrichten	97,2	108,7	139,3	149	179	176	1,9	5,1	3,3	2,8	2,6
Dienstleistungen 3)	330,0	413,2	552,2	590	754	690	3,8	6,0	3,4	3,5	2,5
Staat und Orga. o.E.	283,4	310,8	336,4	347	369	350	1,5	1,6	1,6	1,0	0,4
Zusammen 3) 4)	1812,0	1959,8	2309,7	2405	2839	2703	1,3	3,3	2,0	2,3	1,8
Wohnungsvermietung	135,9	163,4	184,0	194	247	238
Insgesamt 4)	1947,9	2123,2	2493,7	2600	3086	2941	1,4	3,3	2,1	2,4	1,9
Erwerbstätige in 1000 Personen											
Land- und Forstwirtschaft	1403	1177	989	960	853	853	-2,9	-3,4	-1,5	-1,6	-1,6
Energie und Bergbau	493	492	470	470	423	442	-0,0	-0,9	0,0	-1,2	-0,7
Verarbeitendes Gewerbe	9094	8580	9000	9045	9042	8842	-1,0	1,0	0,2	0,1	-0,2
Baugewerbe	2134	1840	1890	1921	2031	1926	-2,4	0,5	0,8	0,8	0,2
Handel und Gastgewerbe	4239	4261	4990	5130	5258	5108	0,1	3,2	1,4	0,6	0,3
Verkehr und Nachrichten	1520	1507	1560	1560	1545	1528	-0,1	0,7	0,0	-0,1	-0,2
Dienstleistungen 3)	3203	3661	4675	4810	5294	4946	2,3	5,0	1,4	1,4	0,6
Staat und Orga. o.E.	4854	5293	5569	5650	5792	5566	1,5	1,0	0,7	0,4	-0,0
Zusammen 3)	26940	26811	29143	29546	30238	29211	-0,1	1,7	0,7	0,4	0,0
Wohnungsvermietung	40	45	50	51	54	52
Insgesamt	26980	26856	29193	29597	30292	29263	-0,1	1,7	0,7	0,4	0,0
Produktivität in 1000 DM 5)											
Land- und Forstwirtschaft	20	28	33	32	39	38	6,2	2,9	-1,1	2,1	1,8
Energie und Bergbau	135	133	154	155	187	177	-0,2	3,0	0,2	2,1	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	73	81	87	89	105	105	1,7	1,5	1,0	2,1	2,1
Baugewerbe	65	68	74	76	85	82	0,7	1,6	1,4	1,6	1,1
Handel und Gastgewerbe	47	48	50	51	57	56	0,3	0,9	1,0	1,4	1,3
Verkehr und Nachrichten	64	72	89	95	116	115	2,0	4,4	3,3	2,9	2,9
Dienstleistungen 3)	103	113	118	123	142	140	1,5	0,9	1,9	2,1	1,9
Staat und Orga. o.E.	58	59	60	61	64	63	0,1	0,6	0,9	0,6	0,4
Zusammen 3) 4)	67	73	79	81	94	93	1,4	1,6	1,3	1,9	1,7
Wohnungsvermietung
Insgesamt 4)	72	79	85	88	102	101	1,5	1,6	1,4	2,0	1,8

1) Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate.- 2) In Preisen von 1991.- 3) Ohne Wohnungsvermietung.- 4) unbereinigt.- 5) Je Erwerbstätigen in Preisen von 1991.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; 1992, 1993: Schätzungen des DIW; 2000: Szenarioannahmen.

4. Szenarien Ostdeutschland

4.1 Endnachfrage und Bruttosozialprodukt

Auch für die Darstellung möglicher Entwicklungspfade der ostdeutschen Wirtschaft ist als Basis die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland, die im DIW für die Jahre 1989 bis 1991 ergänzt wurde¹⁵, gewählt worden. Allerdings muß man sich bewußt sein, daß ein solches Rechenwerk, das auf bestimmten Konventionen und Festlegungen beruht, die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern nur verkürzt wiedergeben kann. Insbesondere bleiben die komplizierten und schwierigen Anpassungsprozesse der Unternehmen und Individuen und die damit verbundenen zweifellos hohen Friktionen unberücksichtigt. Ungeachtet dieser Probleme kann auf ein solches Rechenwerk nicht verzichtet werden, wenn die Ergebnisse der komplexen Entwicklungsprozesse auf der Nachfrage- und Produktionsseite für Ostdeutschland in quantitativer Form dargestellt werden.

Entwicklung der Investitionen im Unternehmensbereich

Die Wettbewerbssituation für die Wirtschaft der ehemaligen DDR hat sich mit der Vereinigung Deutschlands und der Auflösung des RGW völlig verändert. Die starken Produktionseinbrüche in den beiden letzten Jahren haben dabei deutlich gemacht, daß unter der neuen Kosten- und Marktsituation große Teile des ostdeutschen Produktionsapparates nicht mehr effizient einsetzbar sind. Entscheidende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besitzt daher die Erneuerung und Modernisierung des Kapitalstocks und damit die Entwicklung der Anlageinvestitionen.

Die Initalzündung zur Erneuerung und Modernisierung des Anlagenbestandes kann dabei allerdings nicht aus Ostdeutschland selbst kommen. Weder ist der ostdeutsche Anlagebau zur Zeit in der Lage, hochwertige und produktive Ausrüstungsgüter zu produzieren noch werden angesichts weiter steigender Tarifföhne die ostdeutschen Betriebe in absehbarer Zeit eine Ertragskraft erreichen, die eine Finanzierung der notwendigen Investitionen aus

¹⁵Müller-Krumholz, K.: Sozialprodukt und Einkommenskreislauf. Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1992.

eigenen Mitteln sicherstellt. Eine zentrale Rolle für den Umstrukturierungsprozeß in Ostdeutschland spielen daher westliche Direktinvestitionen.

Im vergangenen und im laufenden Jahr werden die Direktinvestitionen bereits einen erheblichen Umfang erreichen¹⁶. Für 1991 belaufen sich allein die Investitionsausgaben des Bundes und der Bundesunternehmen auf schätzungsweise 25 Mrd. DM; hinzu kommen etwa 18 Mrd. DM, die private westdeutsche Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) in Ostdeutschland investiert haben. Für 1992 wird erwartet, daß die Direktinvestitionen in Anlagen auf fast 30 Mrd. im staatlichen bzw. 34 Mrd. DM im privaten Bereich steigen, wovon etwa 75 % auf das produzierende Gewerbe entfallen. Auf westdeutsche Direktinvestitionen wird damit 1992 ein Anteil von etwa 17 vH an der inländischen Verwendung in Ostdeutschland entfallen, ein Wert, der sogar noch etwas höher liegt als der aller Investitionen (ohne Wohnungsvermietung) in Westdeutschland.

Offen ist jedoch, ob dies ein einmaliger Investitionsschub oder der Beginn eines umfangreichen dauerhaften Engagements westlicher Unternehmen in Ostdeutschland ist, und in welchem Ausmaß neue Produktionskapazitäten damit erstellt und neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es geht also darum, wie der Produktionsstandort Ostdeutschland auf mittlere bis längere Frist hin von den Unternehmen eingeschätzt wird. Dies gilt sowohl hinsichtlich alternativer Engagements in Westdeutschland als auch hinsichtlich möglicher Direktinvestitionen im Ausland. Geht man davon aus, daß sich jetzt noch vorhandene Investitionshemmnisse, wie z.B. ungeklärte Eigentumsverhältnisse und überlastete Verwaltungen, in abschbarer Zeit abbauen lassen, sind vor allem folgende Aspekte zu berücksichtigen¹⁷.

Gegenüber Westdeutschland könnten sich Vorteile durch das im allgemeinen gut ausgebildete Arbeitskräftepotential, eine höhere Flexibilitätsbereitschaft, immer noch günstigere Lohnkosten, geringere Kapitalkosten, ein größeres Gewerbeflächenangebot und gute Ausgangsbedingungen für die Realisierbarkeit von Großprojekten ergeben. Gegenüber einer Reihe von ausländischen Investitionsstandorten dürfte ebenfalls das qualifiziertere

¹⁶Vgl. Neumann, F.: Neue Bundesländer: Unternehmensinvestitionen weitgehend durch westliche Engagements getragen, in: Ifo-Schnelldienst, Heft 6, 1992.

¹⁷Vgl.: Gornig, M.: Perspektive Ostdeutschland: Zweites Wirtschaftswunder oder industrieller Niedergangprozeß?, in: Konjunkturpolitik, Heft 1, 1992.

Arbeitskräftepotential in Ostdeutschland zu Buche schlagen. Hinzu kommen eine bessere Infrastrukturausstattung, die größere Marktnähe und ein mit Westdeutschland weitgehend übereinstimmendes Rechts- und Normensystem.

Letztlich wird der Umfang der Investitionstätigkeit allerdings in erster Linie von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsdynamik und den Veränderungen auf den Exportmärkten bestimmt, denn die westlichen Investitionsabsichten beziehen sich überwiegend auf die Erschließung neuer Absatzmärkte und nur in Ausnahmefällen auf echte Produktionsverlagerungen.

Im folgenden ist versucht worden, zunächst anhand vorliegender Informationen über mittelfristige Investitionsplanungen und ergänzender Überlegungen über die von den Planungen nicht abgedeckten Bereiche mögliche Investitionspfade in Ostdeutschland zu quantifizieren.

Bisher größte Einzelinvestoren in Ostdeutschland sind die Bundesunternehmen Bahn und Post. Vor allem in den Aufbau moderner Telekommunikationsstrukturen sind hier 1990 und 1991 erhebliche Mittel geflossen. Auch auf mittlere Frist sind bei beiden Unternehmen umfangreiche Investitionsvorhaben geplant. Realistisch erscheinen hier jeweils Investitionsvolumina bis zum Jahr 2000 in der Größenordnung von 40 - 50 Mrd. DM. Die Bundespost wird dabei einen Großteil ihrer Investitionen schon bis 1995 realisiert haben.

Diesen direkten öffentlich finanzierten Unternehmensinvestitionen in Ostdeutschland sind Zahlungen bzw. Bürgschaften der Treuhandanstalt hinzuzurechnen, die ausdrücklich für Investitionen zur Sanierung ihrer Unternehmen vorgesehen sind. Die Treuhandanstalt hat nach eigenen Angaben hierfür 1991 über 15 Mrd. DM zur Verfügung gestellt¹⁸. Künftig wird, da etwa 45 vH der Treuhandunternehmen bereits privatisiert sind, das Gewicht der Sanierungsaufgabe noch zunehmen. Es wird davon ausgegangen, daß in den nächsten 5 Jahren hierfür Bundesmittel in Höhe von 50 Mrd. bereitgestellt werden.

Sehr viel unsicherer sind die mittelfristigen Investitionsabsichten im privaten Unternehmensbereich. Konkrete Angaben sind hier nur für die Investitionszusagen der westlichen

¹⁸Vgl.: Treuhandanstalt (Hrsg.): Wirtschaftsnachrichten aus der Treuhandanstalt, Ausgabe 11, Februar 1992.

Unternehmen verfügbar, die im Zusammenhang mit den bisherigen Privatisierungen der Treuhandanstalt gegeben worden sind. Bis Ende 1991 beliefen sich diese Zusagen auf über 115 Mrd. DM, wovon schätzungsweise etwa 70 vH auf das produzierende Gewerbe (ohne Bauwirtschaft) entfallen¹⁹. Wegen der drastischen Konventionalstrafen ist davon auszugehen, daß im Regelfall die Investitionszusagen auch eingehalten werden. In vielen Fällen ist sogar damit zu rechnen, daß die tatsächlichen Investitionspläne noch über den vertraglich festgelegten Ansätzen liegen, da sich die westlichen Unternehmen oftmals in einer sehr günstigen Verhandlungsposition befanden. Der Zeithorizont zur Realisierung der Investitionszusagen liegt in den meisten Fällen unter 5 Jahren. Einige Großinvestitionen insbesondere im Energiebereich laufen jedoch auch über längere Zeiträume. Hier wurde angenommen, daß 80 Mrd. DM bis einschließlich 1995 und 35 Mrd. DM der Investitionszusagen bis zum Jahr 2000 umgesetzt werden.

Addiert man die bisher genannten relativ sicheren staatlichen und privaten Direktinvestitionen im Unternehmensbereich auf, ergibt sich eine Investitionssumme von rund 255 Mrd. DM. Dabei wird in der ersten Phase bis 1995 die Investitionstätigkeit mit durchschnittlich etwa 36 Mrd. DM im Jahr deutlich höher liegen als zwischen 1996 und 2000 mit etwa 15 Mrd. DM jährlich.

Neben diesen bisher bekannten Investitionsabsichten bestehen insbesondere im privaten Unternehmensbereich weitere Potentiale für zusätzliche Direktinvestitionen. Hierzu zählen vor allem die noch etwa 6 000 Unternehmen der Treuhandanstalt, wovon nach Einschätzung der Treuhandanstalt etwa 70 vH sanierungsfähig sind²⁰. Allerdings ist davon auszugehen, daß diese Unternehmen in der Regel für westliche Investoren weniger attraktiv sind als die bislang rund 5000 privatisierten Betriebe. Im ersten Szenario bei weiterhin hohen Privatisierungserfolgen wird daher mit zusätzlichen Investitionen von etwa 53 Mrd. DM gerechnet. Im zweiten Szenario wird dagegen ein deutlich abnehmendes Interesse an den restlichen Treuhandunternehmen angenommen. Die weiteren Investitionszusagen dürften daher nur ein Volumen von insgesamt etwas rund 27 Mrd. erreichen.

¹⁹Vgl.: Treuhandanstalt Zentrales Controlling: Privatisierung Stand: 30.11.1991, Berlin 1991.

²⁰Vgl.: Treuhandanstalt (Hrsg.): Wirtschaftsnachrichten ..., a.a.O.

Tabelle 3

Abschätzung der Direktinvestitionen in Anlagen 1)
von Unternehmen in Ostdeutschland

	Szenario I				Szenario II			
	1991 - 1995		1996 - 2000		1991 - 1995		1996 - 2000	
	insgesamt	jährlich	insgesamt	jährlich	insgesamt	jährlich	insgesamt	jährlich
Anlageinvestitionen in Mrd DM 2)								
Investitionen der Bundesunternehmen	50	10	40	8	50	10	40	8
Bahn	15		25		15		25	
Post	35		15		35		15	
Investitionszuschüsse der Treuhandanstalt	50	10	-		50	10	-	
Investitionszusagen privatisierter Unternehmen 3)	80	16	35	7	80	16	35	7
Energie und Bergbau	25		20		25		20	
Verarbeitendes Gewerbe	24		9		24		9	
Andere Wirtschaftsbereiche 4)	31		6		31		6	
Zwischensumme	180	36	75	15	180	36	75	15
Investitionszusagen noch zu privatisierender Unternehmen	30	6	23	5	15	3	12	2
Energie und Bergbau	5		5		3		3	
Verarbeitendes Gewerbe	20		15		10		7	
Andere Wirtschaftsbereiche 4)	5		3		2		2	
Direktinvestitionen ohne Beteiligung an Treuhandunternehmen	40	8	30	6	10	2	10	2
Energie und Bergbau	10		10		5		5	
Verarbeitendes Gewerbe	20		15		3		3	
Andere Wirtschaftsbereiche 4)	10		5		2		2	
Direktinvestitionen der Unternehmen in Anlagen insgesamt 1) 4)	250	49	128	26	205	41	97	20
Anlageinvestitionen ostdeutscher Produktionsunternehmen	85	17	327	65	70	14	217	43
Investitionen der Unternehmen insgesamt 4)	335	67	455	91	275	55	314	63
nachrichtlich: Anteil der Direktinvestitionen in vH	75		28		75		31	

1) Zugänge von Ausrüstungen und Bauten in Ostdeutschland, die von westlichen Unternehmen finanziert werden.- 2) In Preisen von 1991.- 3) Bis Ende 1991.- 4) ohne Wohnungsvermietung.

Quellen: Treuhandanstalt Zentrales Controlling: Privatisierungsstand.. 30.11.1991, Berlin 1991; Neumann, F.: Neue Bundesländer: Unternehmensinvestitionen weitgehend durch westliche Engagements getragen, in: Ifo-Schnelldienst, Heft 6, 1992; Hahn, W.: Verkehrsinvestitionen im Aufholprozeß Ostdeutschlands, in Ifo-Schnelldienst, Heft 28, 1991; ergänzt durch eigene Schätzungen und Szenarioannahmen.

Ein weiteres Potential für Direktinvestitionen westlicher Unternehmen besteht in Engagements in Ostdeutschland, die nicht direkt mit dem Erwerb von Treuhandunternehmen verbunden sind. Konkrete Zahlen hierfür liegen nicht vor. Einzelinformationen über solche Engagements vor allem im Vertriebsbereich teils aber auch in der Warenproduktion lassen jedoch erwarten, daß diese nicht unerheblich sind. Ein Indikator hierfür ist auch die Differenz zwischen Umfrageergebnissen über westdeutsche Direktinvestitionen in Ostdeutschland und den bisher durchgeführten Investitionen bei privatisierten Treuhandunternehmen. Im Szenario I wird von etwa 7 Mrd. DM jährlich ausgegangen, die auf diesem Wege als Direktinvestitionen bis zum Jahr 2000 getätigt werden. Im zweiten Szenario ist hier mit sehr viel geringeren Beträgen gerechnet worden (2 Mrd. DM jährlich).

Für den Umfang der insgesamt erwarteten westlichen Direktinvestitionen der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung ergeben sich damit im ersten Szenario bis einschließlich 1995 rund 250 Mrd. DM und in den folgenden Jahren bis zum Jahr 2000 nochmals 128 Mrd. DM. Im zweiten Szenario betragen die kumulierten Investitionssummen in der ersten Phase 205 Mrd. DM und in der zweiten 97 Mrd. DM. Hierbei wird im ersten Szenario das Niveau der Direktinvestitionen, für die sich 1992 nach dem heutigen Erkenntnisstand eine Größenordnung von 45 Mrd. DM abzeichnet, gehalten, während im zweiten Szenario mit einer raschen Rückführung des westlichen Engagements gerechnet wird.

Die Direktinvestitionen werden zumindest in den ersten Jahren zum wesentlichen Teil auch den gesamtwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß tragen. Größere Bedeutung werden daneben zunächst nur die Investitionen des sich entwickelnden Mittelstandes haben. 1991 dürfte der Anteil der Direktinvestitionen an allen Investitionen bei schätzungsweise 70 bis 75 vH gelegen haben. Auch für die ersten fünf Jahre wird mit einem durchschnittlichen Anteil von 75 vH gerechnet, der in den ersten Jahren durchaus auch noch höher liegen könnte. Im ersten Szenario dürften sich die Gesamtinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) in Ostdeutschland damit in diesem Zeitraum auf 335 Mrd. DM kumulieren; im zweiten Szenario sind es 275 Mrd. DM.

In der zweiten Periode wird davon ausgegangen, daß sich aufgrund der mit den bereits durchgeführten Investitionen verbesserten Wettbewerbsstellung die Investitionsneigung und -fähigkeit ostdeutscher Betriebe Schritt für Schritt erhöht und damit ihre Gesamtinvestitionen auf dem hohen Niveau weiter leicht zunehmen können. Der Anteil der Direktinvestitionen wird in dieser Periode drastisch zurückgehen. Hier wurde angenommen,

daß er im Durchschnitt nur noch bei etwa 30 vH liegt. Im ersten Szenario erreichen die Gesamtinvestitionen der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung im Jahr 2000 einen Wert von 99 Mrd. DM und liegen damit mehr als doppelt so hoch wie 1991. Im zweiten Szenario liegt das Investitionsvolumen nur bei 64 Mrd. DM. Das sind zwar immer noch 15 Mrd. DM mehr als 1991, aber 9 Mrd. weniger als für 1993 angenommen werden kann.

Investitionstätigkeit und Kapitalstock

Um abschätzen zu können, welche Auswirkungen die jeweiligen Investitionspfade auf die Produktionskapazitäten in Ostdeutschland besitzen ist es notwendig, wenn auch nur in groben Umrissen Vorstellungen über die Veränderungen des Bruttoanlagevermögens der Produktionsunternehmen zu entwickeln. In der Statistik der ehemaligen DDR wurde der Umfang des Bruttoanlagevermögens der Volkswirtschaft stark überzeichnet. Im DIW ist daher der Versuch unternommen worden, eine Neubewertung des Kapitalstocks vorzunehmen, indem zum einen eine Preisanpassung vorgenommen und zum anderen überaltete und technisch uneffiziente Anlagen ausgesondert wurden²¹. Nach ersten vorläufigen Schätzungen dürfte das Bruttoanlagevermögen der Produktionsunternehmen 1989 im Ostdeutschland etwa 530 Mrd. DM betragen haben. Dies entspricht einem Anteil von knapp 12 vH des Vergleichswertes für Westdeutschland.

Dieser Kapitalstock steht jedoch nur beschränkt einer effizienten künftigen Produktion zur Verfügung. Ein Teil der aus technologischer Sicht noch effizienten Anlagen wird schon im Zuge von Betriebsschließungen ausgesondert. Wie groß die noch einsatzfähigen Teile des alten Kapitalstocks sein werden, hängt wiederum stark von der erwarteten Investitionstätigkeit ab. Diese richten sich nicht nur auf die Erstellung neuer Produktionsanlagen auf der grünen Wiese, sondern auch auf die Ergänzung und Modernisierung von Teilen des alten Kapitalstocks.

Im ersten Szenario bei starker Investitionsbeschleunigung wird angenommen, daß etwa 70 vH des bisherigen Anlagevermögens (bereinigt) auch künftig genutzt werden kann. Gemessen an westdeutschen Verhältnissen ist dieser Wert im Vergleich zu den erwarteten jährlichen Neuinvestitionen nur gering. Daher wird auch die jährliche Abgangsrate mit 1 - 2 vH deutlich niedriger liegen als in Westdeutschland mit einer normalen Altersstruktur des

²¹Vgl.: Görzig, B.: Zur Kapitalausstattung ..., a.a.O.

Anlagevermögens. Bei dem im ersten Szenario unterstellten Investitionspfad ergibt sich unter diesen Bedingungen für das Jahr 2000 ein Bruttoanlagevermögen der Produktionsunternehmen in Ostdeutschland von mehr als 1 000 Mrd. DM. Im Vergleich zu 1989 entspricht dies mehr als einer Verdoppelung des Kapitalstocks, in Bezug auf den westdeutschen Vergleichswert von 1989 eine Zunahme des Anteils ostdeutscher Unternehmen auf fast 25 vH.

Das zweite Szenario ist durch einen deutlich geringeren Investitionspfad der Produktionsunternehmen gekennzeichnet. Es ist daher auch wahrscheinlich, daß nur ein geringerer Teil des technisch noch effizienten Anlagevermögens weiter eingesetzt wird. Beziffert man die Sonderabgänge des Bruttoanlagevermögens auf 50 vH (statt 30 vH im ersten Szenario) und kumuliert den Neuzugang zum Anlagevermögen, so ergibt sich für das Jahr 2000 ein Bruttoanlagevermögen der Produktionsunternehmen im Ostdeutschland von rund 850 Mrd. DM. Gegenüber 1989 ist dies immer noch einer Erhöhung der Produktionskapazitäten von fast 60 vH. In Bezug zum westdeutschen Bruttoanlagevermögens der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) von 1989 entspricht dies einem Anteil von knapp 20 vH.

Sachvermögensbildung des Staates und im Wohnungsbau

Sehr viel stärker als in Westdeutschland wird die staatliche Investitionstätigkeit in Ostdeutschland von den Investitionen des Bundes getragen. Die bislang bekannten Investitionsplanungen und konkreten Programme beispielsweise im Rahmen des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost lassen für den betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2000 Investitionen des Bundes von etwa 70 Mrd. DM erwarten. Schwerpunkt wird hier der Verkehrssektor sein. Allein bis 1995 sind hier Investitionen von etwa 30 Mrd. vorgesehen. Ergänzt werden diese Investitionen durch Gemeinschaftsinvestitionen mit ostdeutschen Gebietskörperschaften. Schritt für Schritt wird auch die eigenständige Investitionstätigkeit der Länder und Kommunen in Ostdeutschland in Gang kommen. Es ist zu erwarten, daß es schon bis 1993 zu einer drastischen Aufstockung des Investitionsvolumens kommt. Danach wird sich der Wachstumspfad allerdings deutlich abflachen. Im ersten Szenario sind die staatlichen Investitionen auf 25 Mrd. DM beziffert worden, das sind nur 3 Mrd. DM mehr als für 1993 angenommen worden ist. Im zweiten Szenario wird es etwas weniger sein, vor allem deshalb, weil der Spielraum der ostdeutschen Gebietskörperschaften zur Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit - einnahmebedingt - geringer sein wird als im ersten Szenario.

Tabelle 4

Entwicklungspfade des Bruttoanlagevermögens in Ostdeutschland

	Westdeutschland 1989	Ostdeutschland				
		1989	1991	1993	2000	
					I	II
in Mrd DM 1)						
Staat	814,8	82	103	134	260	231
Wohnungsvermietung	4639,2	460	458	480	684	584
Unternehmen 2)	4655,0	532	492	604	1122	844
Insgesamt	10109,0	1077	1056	1218	2066	1658
Je Einwohner/Erwerbstätigen in 1000 DM 1)						
Staat je Einwohner	13,0	5	7	9	17	16
Wohnungsvermietung je Einwohner	74,1	28	29	31	44	39
Unternehmen je Erwerbstätigen 2)	209,8	67	90	135	215	202
Insgesamt	297,0	101	126	175	276	257
Relation zu Westdeutschland 1989 in vH						
Staat je Einwohner		39	50	66	130	120
Wohnungsvermietung je Einwohner		38	40	42	60	53
Unternehmen je Erwerbstätigen 2)		32	43	65	102	96
Insgesamt		34	42	59	93	87
1) In Preisen von 1991.- 2) Ohne Wohnungsvermietung.						
Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; Umbewertungen des DIW, 1993 - 2000: Schätzungen auf der Basis der Investitionsannahmen.						

Für das Bruttoanlagevermögen des Staates ergibt sich für 1989 nach der Neubewertung ein Wert von etwas mehr als 80 Mrd. DM, weniger als 10 vH des staatlichen Anlagevermögens in Westdeutschland. Bei dem steilen Investitionspfad ist allerdings zu erwarten, daß sich das Bruttoanlagevermögen des Staates in Ostdeutschland bis zum Jahr 2000 auf das drei- (Szenario II) bis dreieinhalbfache (Szenario I) erhöhen wird.

Der dritte Bereich, in dem große Teile des Anlagevermögens akkumuliert werden, ist der Sektor Wohnungsvermietung. Aufgrund erster Plausibilitätsüberlegungen auf der Basis quantitativer Relationen wird hier mit einem Wert von etwa 460 Mrd. DM für 1989 gerechnet. Dieser Wert dürfte unter stärkerer Berücksichtigung auch qualitativer Unterschiede zu Westdeutschland eher an der Obergrenze liegen. Das Bruttoanlagevermögens im Wohnungsbau bezogen auf die Einwohnerzahl betrug 1989 dennoch schätzungsweise nur knapp 40 vH des westdeutschen Vergleichswertes. In den letzten beiden Jahren ist es in diesem Bereich zu drastischen Investitionseinschränkungen gekommen. 1991 waren die Wohnungsbauinvestitionen mit 10 Mrd. DM nur knapp halb so hoch wie 1989.

Welche Dynamik die Wohnungsbauinvestitionen in Ostdeutschland künftig entfalten wird, ist schwer zu beurteilen. Auf der einen Seite ist die quantitative Wohnraumversorgung je Kopf nicht sehr viel schlechter als in Westdeutschland. Hinzu kommt, daß die Bevölkerungszahl auch mittelfristig in Ostdeutschland weiter abnehmen wird. Auf der anderen Seite besteht ein enormer Sanierungs- und Modernisierungsbedarf, wenn sich die qualitative Wohnraumsituation in Ostdeutschland durchgreifend verbessern soll. Bei den in Ostdeutschland dominierenden kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sind Spielräume zur Finanzierung solcher Investitionen trotz der ersten drastischen Mietanpassung bisher kaum vorhanden. Es hängt damit von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab, welche Mittel für die Modernisierung des Wohnungsbestandes in Ostdeutschland freigesetzt werden können²². Eine Schlüsselrolle kommt hier der Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zu.

Im ersten Szenario wird angenommen, daß im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung die privaten Haushalte größere Teile ihres verfügbaren Einkommens für Wohnungsnutzung

²²Vgl.: Bartholmai, B. und M. Melzer: Probleme der Wohnungsbaufinanzierung und Perspektiven der Wohnungsbaunachfrage in den neuen Bundesländern, Gutachten im Auftrag der Wüstenrot-Stiftung Deutscher Eigenheimverein, Berlin 1992.

aufwenden und sich auch die Spielräume der ostdeutschen Gebietskörperschaften für wohnungspolitische Fördermaßnahmen Schritt für Schritt erhöhen. Im Jahre 2000 könnte dann mit einer Investitionssumme von rund 40 Mrd. DM etwa 95 vH der Investitionswerte je Einwohner Westdeutschlands erreicht werden. Mehr als 40 Mrd. DM, wie hier für das erste Szenario angenommen wurde ist mehr als viermal so viel wie im Durchschnitt der Jahre 1991/93 und immer noch doppelt so viel wie 1989. Allerdings dürfte auch dann bezogen auf die Einwohnerzahl nur etwa 60 vH des westdeutschen Bruttolagevermögens Westdeutschlands von 1989 erreicht werden.

Im zweiten Szenario ist im Vergleich für das Jahr 2000 zum ersten Szenario mit einem um 10 Mrd. DM niedrigeren Volumen der Wohnungsbauinvestitionen gerechnet worden.

Normalisierung im Außenhandel

Eng verbunden mit den Überlegungen zu den Engagements westlicher Unternehmen und zum künftigen Investitionspfad in Ostdeutschland sind die Erwartungen zur Entwicklung des Außenhandels. Bei der Abschätzung seiner Entwicklungsperspektiven muß berücksichtigt werden, daß zum Außenhandel Ostdeutschlands auch die Transaktionen von Waren und Dienstleistungen mit Westdeutschland zählen. Von diesem "innerdeutschen Handel" wird der Außenhandel Ostdeutschlands zur Zeit fast ausschließlich bestimmt: Bei den Exporten entfielen 1991 90 vH und bei den Einfuhren zwei Drittel auf den Waren- und Dienstleistungsaustausch mit Westdeutschland. Zur Zeit sind die Lieferungen aus Westdeutschland mehr als fünfmal so hoch wie die Bezüge aus Ostdeutschland.

Auf der Exportseite dürfte sich künftig positiv auswirken, daß fast alle westdeutschen Großunternehmen Produktionsstätten in Ostdeutschland errichten und deren Produktion damit allmählich auch in die außenwirtschaftlichen Beziehungen dieser weltweit operierenden Unternehmen einbezogen wird. Die sich mit der Privatisierung weiter Teile des Industriesektors ergebenden Unternehmensverflechtungen werden darüber hinaus dazu führen, daß die ostdeutschen Betriebstätten stärker in die Vorleistungsverflechtung und Arbeitsteilung insbesondere innerhalb Deutschlands integriert werden²³.

²³Vgl. Schöffel, C.: Unternehmerische Engagements in den neuen Bundesländern - eine Felduntersuchung -, in: IW-Trends, Heft 3, 1991.

Daher ist auch bei einem schwächeren Investitionspfad wie im zweiten Szenario mit einer kräftigen Ausweitung der Ausfuhren Ostdeutschlands nach Westdeutschland in den neunziger Jahren zu rechnen. Außerdem dürften trotz der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa Wege gefunden werden, zumindest die Exporte auf dem jetzigen Niveau zu stabilisieren, wobei staatliche Handelsförderungen und Warentauschhandel eine hohe Bedeutung haben werden. Ein Exportvolumen Ostdeutschlands von über 100 Mrd. DM im Jahr 2000 scheint daher trotz der ungünstigen Bedingungen auch im zweiten Szenario möglich.

Im ersten Szenario mit einem deutlich höheren Investitionstempo in Ostdeutschland und einer allmählichen Einbindung Osteuropas in den Welthandel sind die Exportchancen mittelfristig noch weitaus besser einzuschätzen. Von Bedeutung ist hier vor allem der weitaus höhere Verflechtungsgrad mit Westdeutschland. Hinzu kommt, daß nicht wenige westdeutsche Direktinvestitionen in Ostdeutschland gerade auf die Erschließung der osteuropäischen Märkte gerichtet sind. Für die Exporte Ostdeutschland sind daher im ersten Szenario sehr viel höhere Werte angenommen worden.

Noch stärker als auf der Exportseite dürften sich der Umstrukturierungsprozeß auf der Importseite bemerkbar machen²⁴. Betrachtet man die bisherige Struktur der Direktinvestitionen und Privatisierungen so liegen die Schwerpunkte vor allem bei Branchen, die stark auf den binnenwirtschaftlichen Absatz ausgerichtet sind. Zudem läßt sich bei den ostdeutschen Konsumenten wieder eine stärkere Präferenz für heimische Verbrauchsgüter erkennen und auch das zunehmende Gewicht von Infrastruktur- und Bauinvestitionen spricht für eine stärkere Rückverlagerung der Nachfrage auf ostdeutsche Produzenten.

In beiden Szenarien wird daher angenommen, daß nach der extremen Zunahme der Importe insbesondere aus Westdeutschland die Importquote in den nächsten Jahren deutlich zurückgeführt wird. Entsprechend dem unterschiedlichen Produktionspotential in beiden Szenarien wird die Importquote - der Anteil der Importe an der Gesamtnachfrage - im ersten Szenario mit 34 vH etwa ein Drittel niedriger liegen als 1991. Im Szenario II werden knapp 40 vH der Gesamtnachfrage von Importen gedeckt. In beiden Fällen werden die

²⁴Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Weltwirtschaft: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland - Fünfter Bericht, in: Wochenberichte des DIW, Heft 12-13, 1992.

westdeutschen Vergleichswerte von jeweils etwa 28 vH deutlich übertroffen. Dies ist zum Teil Ausdruck einer weiterhin bestehenden schwachen Wettbewerbsstellung in einigen Bereichen. Zum anderen kommt zum Tragen, daß im Regelfall die relative Bedeutung des Außenhandels umso größer ist, je kleiner eine Region ist.

Die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland wird trotz der mit dem Investitionsprozeß verbesserten Wettbewerbsstellung bei international handelbaren Gütern mittelfristig mit einem erheblichen Außenhandelsdefizit einhergehen. Auch wenn gegenüber einem Defizit von etwa 170 Mrd. DM 1991 mit - 100 Mrd. DM im Szenario I bzw. - 130 Mrd. DM die Außenhandelsbilanz weit günstiger schließt, bleibt dennoch eine erhebliche Finanzierungslücke.

Einkommen und Verbrauch

Die Veränderung des privaten Verbrauchs ist abhängig von den Annahmen zur Entwicklung von Bevölkerung und privaten Haushalte und ihrer verfügbaren Einkommen. Im ersten Szenario ist eine deutliche Abschwächung des Bevölkerungsrückganges angenommen worden. Im Zusammenhang mit dem unterstellten Wachstumspfad ergeben sich hier bei den Erwerbseinkommen günstige Entwicklungsperspektiven. Allerdings ist damit zu rechnen, daß sich die ostdeutsche Lohndrift eher am unteren Bereich westdeutscher Regionen orientieren wird und aufgrund struktureller Unterschiede im Arbeitskräfteeinsatz auch das durchschnittliche Tariflohniveau unter dem in Westdeutschland bleiben wird²⁵.

Bei den Nicht-Erwerbseinkommen, also vor allem den Zahlungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung wird sich durch die Nettolohnorientierung ebenfalls eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse ergeben. Es spricht daher vieles dafür, im ersten Szenario bis zum Jahr 2000 von einem Anstieg des Pro-Kopf-Verbrauchs der ostdeutschen Haushalte auf knapp 80 vH des westdeutschen Vergleichswertes auszugehen. Dabei dürfte die durchschnittliche Konsumquote aufgrund der bis zum Jahr 2000 rasch ansteigenden Mietbelastung und des auch mittelfristig höheren Nachholbedarfs in Ostdeutschland tendenziell etwas höher liegen als in Westdeutschland.

²⁵Vgl.: Gornig, M. und J. Schwarze, Möglichkeiten und Grenzen regionaler Einkommensanalysen mit dem sozio-ökonomischen Panel - deskriptive und regressionsanalytische Ergebnisse, Diskussionspapier der Universität Bremen, Bremen 1992. Koller, M.: Regionale Lohnstrukturen, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1, 1987.

Im zweiten Szenario wird das Entwicklungstempo des privaten Verbrauchs deutlich niedriger liegen. Dies ist teilweise auf die noch geringere Bevölkerungszahl zurückzuführen. Entscheidend ist aber, daß die verfügbaren Einkommen langsamer steigen werden, da der niedrigere Investitionspfad auch mit einer geringeren Zahl von Arbeitsplätzen in der ostdeutschen Wirtschaft verbunden sein wird. Allerdings sind im Zusammenhang mit den Transfers der Sozialversicherung - ähnlich wie zwischen Regionen mit unterschiedlicher Arbeitsmarktsituation in Westdeutschland - gewisse Kompensationen zu erwarten²⁶. Dies könnte zum Teil auch mit einer vergleichsweise geringeren Sparneigung verbunden sein. Daher wird auch im zweiten Szenario mit einem Anstieg des Pro-Kopf-Verbrauchs der ostdeutschen Haushalte von 58 vH 1991 des westdeutschen Vergleichswertes auf etwa 75 vH im Jahr 2000 gerechnet.

Im Zuge der Tariflohnangleichung dürften sich, vor allem wenn das System der Einkommensbesteuerung besser greift, auch wieder Spielräume für eine Ausweitung des Staatsverbrauchs ergeben. Da auch weiterhin mit Ausgleichszahlungen aus Westdeutschland zu rechnen ist, wird der Staatsverbrauch je Kopf in beiden Szenarien nicht wesentlich hinter dem in Westdeutschland zurückbleiben. Diese Erwartung stützt sich auch auf Erfahrungen in Westdeutschland, wo trotz erheblicher Unterschiede in der Wirtschaftskraft nur geringe Abweichungen im regionalen Staatsverbrauch zu verzeichnen sind²⁷. Hier ist mit einer moderaten Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs von 77 vH 1991 des westdeutschen Vergleichswertes auf 85 vH im Jahr 2000 gerechnet worden.

²⁶Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die wirtschaftliche Entwicklung in den Bundesländern in den siebziger und achtziger Jahren, Beiträge des DIW zur Strukturforschung, Heft 84, Berlin 1987.

²⁷Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die wirtschaftliche Entwicklung ..., a.a.O.

Tabelle 5

Entwicklung von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland

	1989	1991	1993	2000	
				I	II
				in Mrd DM 1)	
Privater Verbrauch	176,6	196,5	212	326	269
Staatsverbrauch	79,0	90,0	91	113	100
Anlageinvestitionen	58,8	72,5	104	167	120
Staat	10,5	13,3	22	25	24
Wohnungsbau	20,8	9,8	10	43	32
Unternehmen 2)	27,5	49,4	73	99	64
Lagerveränderungen	12,5	2,5	4	4	4
Inländische Nachfrage	327,0	361,5	410	610	493
Export	56,4	59,5	70	167	107
Gesamtnachfrage	383,4	421,0	480	777	600
Importe	65,1	227,5	247	266	239
Bruttosozialprodukt	318,3	193,5	234	511	361
Nachrichtlich: Außenbeitrag	-8,7	-168,0	-177	-100	-132
	Veränderung in vH 3)				
	zur Vorperiode		zu 1991		
Privater Verbrauch		5,5	3,7	5,8	3,6
Staatsverbrauch		6,7	0,3	2,5	1,2
Anlageinvestitionen		11,0	19,9	9,8	5,7
Staat		12,5	27,7	7,3	6,6
Wohnungsbau		-31,3	-1,5	17,9	14,0
Unternehmen 2)		34,0	21,6	8,1	2,9
Lagerveränderungen	
Inländische Nachfrage		5,1	6,5	6,0	3,5
Export		2,7	8,5	12,1	6,7
Gesamtnachfrage		4,8	6,8	7,0	4,0
Importe		87,0	4,1	1,8	0,5
Bruttosozialprodukt		-22,0	9,9	11,4	7,2
	in 1000 DM 1)				
Privater Verbrauch je Einwohner	10,8	12,5	13,6	21,2	18,2
Staatsverbrauch je Einwohner	4,8	5,7	5,8	7,3	6,8
Anlageinvestitionen					
Staat je Einwohner	0,6	0,8	1,4	1,6	1,6
Wohnungsbau je Einwohner	1,3	0,6	0,6	2,8	2,2
Unternehmen je Erwerbstätigen 2)	3,5	9,1	16,4	19,0	15,8
Exportquote in vH 4)	14,7	14,1	14,6	21,4	17,8
Importquote in vH 4)	17,0	54,0	51,3	34,3	39,8
	in vH Westdeutschland				
Privater Verbrauch je Einwohner	53	58	62	80	75
Staatsverbrauch je Einwohner	66	78	76	85	85
Anlageinvestitionen					
Staat je Einwohner	69	89	156	139	160
Wohnungsbau je Einwohner	60	26	24	95	83
Unternehmen je Erwerbstätigen 2)	26	59	108	105	89

1) In Preisen von 1991.- 2) Ohne Wohnungsvermietung.- 3) Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate.- 4) Im Bezug zur Gesamtnachfrage.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; 1992,1993: Schätzungen des DIW; 2000: Szenarioannahmen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In beiden Szenarien ergibt sich eine außerordentliche Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Die reale inländische Nachfrage wird im ersten Szenario mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 6 vH in der gleichen Größenordnung liegen, wie in der Kurzfristprognose des DIW für die Jahre 1992/93 angenommen wurde. Besonders hoch ist hier in den ersten Jahren die Entwicklungsdynamik die Zunahme der Anlageinvestitionen. Im zweiten Szenario wird die Dynamik der inländischen Nachfrage dagegen abnehmen, mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 3,5 vH gegenüber 1991 aber immer noch hoch sein. Besonders expansiv bleibt hier die Entwicklung der Bauinvestitionen.

Stärker als die inländische Verwendung wird in beiden Fällen das Bruttosozialprodukt zunehmen. Hierin kommt zum Ausdruck, daß im Zuge des Investitionsprozesses sich allmählich die Wettbewerbsstellung der ostdeutschen Betriebe verbessert und damit vor allem bei den Importen eine Normalisierung eintritt. Für das erste Szenario liegen die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts bei über 11 vH und im zweiten Szenario immerhin noch bei etwa 7 vH.

4.2 Produktion und Beschäftigung

Die für die Verwendungsseite skizzierten wirtschaftlichen Entwicklungspfade gehen im Zuge des Investitionsprozesses von einer deutlichen Produktionssteigerung gegenüber 1991 in Ostdeutschland aus. Im folgenden wird versucht, die damit verbundenen Veränderungen von Produktion und Beschäftigung in ihren Strukturen darzustellen.

Warenproduktion

Obwohl der Anteil an der Nutzfläche fast 1/3 beträgt und die naturräumlichen Gegebenheiten teils nicht viel ungünstiger sind, betrug die Produktion in der Land- und Forstwirtschaft der ehemaligen DDR 1991 in Relation zu Westdeutschland nur noch etwa 10 vH. Mit der Privatisierung der Landwirtschaft und mit Hilfe vielfältiger staatliche Investitionsprogramme ist damit zu rechnen, daß - bei weiterem Abbau des Beschäftigungsüberhangs und stärkerer Produktdifferenzierung - der Anteil an der gesamtdeutschen Produktion deutlich steigt²⁸. Insbesondere auf längere Frist könnte aufgrund der Möglichkeiten zur Realisierung optimaler Betriebsgrößen Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sogar höher liegen als in Westdeutschland. Auf mittlere Frist wird in den hier skizzierten Szenarien, bedingt auch durch fehlende Alternativen für die Beschäftigung im ländlichen Raum, allerdings davon ausgegangen, daß die Bereitschaft der Miteigentümer, ihre Beschäftigung in der Landwirtschaft aufzugeben, gering ist. Daher wird insbesondere im Szenario II angenommen, daß die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft im Jahr 2000 deutlich geringer sein wird, als in Westdeutschland.

Der Umstrukturierungsprozeß in der Energiewirtschaft Ostdeutschlands ist in sehr starkem Maße durch das Engagement westlicher Großunternehmen bestimmt²⁹. Im Zuge der hohen Direktinvestitionen ist insbesondere in den Bereichen Gas und Wasser mit starken Produktions- und Produktivitätszuwächsen zu rechnen. Im Braunkohlenbergbau zeichnet sich zudem im Zusammenhang mit einigen Großprojekten zur Modernisierung der

²⁸Vgl.: Henrichsmeyer, W.: Aktuelle Entwicklungen in den Sektoren: Die Landwirtschaft, in: Die deutsch-deutsche Integration, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 39, Berlin 1992.

²⁹Vgl.: Prognos: Die energiewirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2010 unter Einbeziehung der fünf neuen Bundesländer, Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Basel 1991.

Elektrizitätswirtschaft eine Stabilisierung der Produktion ab. Für den Sektor Energie und Bergbau ist daher insgesamt, bedingt durch den Aufbau neuer Produktionsbereiche, mit einem sprunghaften Anstieg der Produktion zu rechnen. Die Produktivität je Erwerbstätigen dürfte aufgrund eines höheren Anteils des Bergbaus und sozialverträglicher Lösungen bei Abbau des Personalüberhangs im Energiebereich allerdings mittelfristig deutlich hinter dem westdeutschen Vergleichswert zurückbleiben.

Mehr noch als in anderen Bereichen ist im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands die künftige Absatzentwicklung von einer durchgreifenden Modernisierung des Kapitalstocks abhängig. Schlüsselgröße ist daher der erwartete Investitionsprozeß. Im ersten Szenario werden allein die westlichen Direktinvestitionen bis 1995 sich auf 100 Mrd. DM kumulieren und damit schon halb so hoch sein wie das Neubewertete Anlagevermögen des verarbeitenden Gewerbes der ehemaligen DDR 1991. Es pricht daher einiges dafür, daß für die ostdeutsche Industrie gute Chancen bestehen, von der expansiven Nachfrageentwicklung in diesem Szenario mehr als bisher zu partizipieren. Gegenüber 1991 sind damit erhebliche Produktionszuwächse verbunden.

Von dieser Entwicklung werden die Vorlieferanten der Bauwirtschaft vermutlich besonders profitieren³⁰. Mit dem Zusammenbruch des Wohnungsbauprogrammes war in diesen Bereichen der Absatz extrem zurückgegangen. Zunächst werden Impulse, die von Infrastrukturmaßnahmen und dem Gewerbebau, später auch wieder vom Wohnungsbau ausgehen, die Produktion stark stimulieren, wobei vermutlich ein vielfaches der Produktionszahlen von 1991 erreicht wird. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich - auch bedingt durch die hohe Privatisierungsrate - bei Branchen im Verkehrstechnik- und Telekommunikationsbereich ab. Auch im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe wird es mit der Veränderung der Präferenzen und dem hohen Privatisierungsgrad zumindest teilweise zu einem Rückgewinn von Marktanteilen in Ostdeutschland kommen.

Im ersten Szenario dürfte darüber hinaus die günstigere Entwicklung in Westdeutschland und auf den wichtigsten Auslandsmärkten die Produktion stimulieren. Insbesondere für den Maschinen- und Anlagenbau Ostdeutschlands wird der beginnende Modernisierungsprozeß

³⁰Vgl.: Brenke, K.: Ein Szenario der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland bis zum Jahr 2005, Gutachten des DIW im Auftrag der Forschungsstelle für Energiewirtschaft, Erster Bericht, Berlin 1991.

in Osteuropa die Absatzperspektiven mittelfristig deutlich verbessern. Im ersten Szenario ist angenommen worden, daß die Produktion im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe insgesamt im Zuge des Umstrukturierungsprozesses so kräftig steigt, daß etwa wieder die Relation zu Westdeutschland von 1989 erreicht wird.

Im zweiten Szenario wird im Vergleich zu 1992 von einer deutlichen Abschwächung des Engagements westlicher Investoren in Ostdeutschland ausgegangen. Die Direktinvestitionen dürften bis Mitte der neunziger Jahre nur einen Wert von etwa 70 Mrd. DM erreichen. Die Zahl ostdeutscher Industriebetriebe, die durch Beteiligungen westdeutscher Unternehmen ihre Wettbewerbsstellung entscheidend verbessern, ist daher hier deutlich geringer als im ersten Szenario. Allerdings ist zu beachten, daß weder bei den bereits privatisierten noch den gegenwärtigen Treuhandunternehmen die vielfältigen Sanierungskonzepte bislang Wirkung gezeigt haben. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau neuer Produktionsstätten wie beispielsweise in der Nachrichtentechnik oder dem Straßenfahrzeugbau³¹. Berücksichtigt man, daß auch in diesem Szenario die Binnennachfrage kräftig zulegt und weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Förderung des Osteuropaabsatzes unternommen werden, sind auch hier deutliche Produktionssteigerungen zu erwarten. Insgesamt könnten im zweiten Szenario bis zum Jahr 2000 in etwa 85 vH des Produktionsvolumen von 1989 erreicht werden.

Diese Entwicklungspfade der Produktion setzen allerdings voraus, daß den neuen Kostenrelationen durch eine massive Erhöhung der Kapitalintensität mit entsprechender Rückwirkung auf die Arbeitsproduktivität Rechnung getragen wird. Vergegenwärtigt man sich in diesem Zusammenhang die bereits skizzierten Perspektiven für die Veränderung des ostdeutschen Bruttoanlagevermögens, so könnte bis zum Jahr 2000 ein Niveau der Kapitalintensität erreicht werden, das dem Westdeutschlands im Jahr 1989 entspricht. Die Zahl der Beschäftigten würde sich unter diesem Umständen im ersten Szenario bei höherem Investitionspfad, auf 1,7 Mio. belaufen. Im zweiten Szenario wären es 1,1 Mio. Differenzierte Modellrechnungen des DIW für den Kapitaleinsatz zeigen, daß damit die Voraussetzungen geschaffen wären, daß Ende des Jahrzehnts im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands Renditen erwirtschaftet werden, die denen in Westdeutschland vergleichbar

³¹Vgl.: McKinsey & Company: Überlegungen zur kurzfristigen Stabilisierung und langfristigen Steigerung der Wirtschaftskraft der neuen Bundesländern, Düsseldorf/München 1991.

sind³². Berücksichtigt man weitere Produktivitätssteigerungen in der westdeutschen Industrie, würde im Jahr 2000 das ostdeutsche Produktivitätsniveau etwa 85 vH des westdeutschen Vergleichswertes entsprechen. Damit läge das ostdeutsche verarbeitende Gewerbe am unteren Rand dessen, was an Produktivitätsdifferenzen auch innerhalb einzelner Industriebranchen zwischen westdeutschen Regionen zu verzeichnen ist³³.

Die Entwicklung des Baugewerbes ist im allgemeinen stark durch binnenwirtschaftliche Impulse geprägt. Strukturelle Defizite und produktivitätsbedingte Kostennachteile, die zur Zeit auch in diesem Bereich zu erheblichen Importen führen, dürften sich, bedingt durch die teils günstige Ertragslage und zunehmende Engagements westlicher Unternehmen, rasch verringern. Aufgrund der Standortvorteile wird von einer hohen Deckung des künftigen Baubedarfs in Ostdeutschland durch ansässige Betriebe ausgegangen³⁴. Im ersten Szenario ist daher mit den hohen Infrastrukturinvestitionen, dem Ansteigen des Gewerbebaus und der allmählichen Wiederbelebung des Wohnungsneubaus mit einer mehrfach höheren ostdeutschen Bauproduktion zu rechnen als 1991. Aufgrund des hohen Anteils des Bauhauptgewerbes und dem raschen Produktionszuwachs wird der Produktivitätsrückstand sich stark verringern. Im zweiten Szenario wird insbesondere aufgrund staatlichen Investitionen ebenfalls ein starker Produktionszuwachs zu verzeichnen sein. Bei gleichzeitig etwas geringerer Produktivitätsbeschleunigung könnte hier die Beschäftigtenzahl bei etwa 540 000 liegen, während sie im ersten Szenario sogar einen Wert von fast 660 000 erreichen dürfte.

Dienstleistungsbereich

Große Hoffnungen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze in Ostdeutschland wird - wie in den westlichen Industrieländern - auf den Dienstleistungsbereich gesetzt³⁵. Mit wachsen-

³²Vgl.: Görzig, B.: Zur Kapitalausstattung ..., a.a.O.

³³Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die wirtschaftliche Entwicklung..., a.a.O.

³⁴Vgl.: Frank, H.-J. und R. Münch: Ostdeutsche Industrie: Talsohle 1992 durchschritten, in: Deutsche Bank Bulletin, Juli 1991.

³⁵Vgl.: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR, Beiträge des DIW zur Strukturforchung, Heft 121-1991. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Weltwirtschaft: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland - Vierter Bericht, in: Wochenberichte des DIW, Heft 51-52, 1991.

dem Einkommensniveau, einer stärkeren Differenzierung der individuellen Einkommenspositionen und einer Stabilisierung der Zukunftsaussichten ist in Ostdeutschland mit einer starken Ausweitung der Nachfrage nach Dienstleistungen zu rechnen. Dies gilt vor allem für den Handel und das Gastgewerbe. Mit dem Aufbau neuer Angebotsstrukturen durch die Zunahme der Zahl Selbständiger und westlicher Unternehmen, wird hier künftig auch ein großer Teil der Nachfrage in Ostdeutschland selbst wirksam. Darüber hinaus können im touristischen Bereich auch erhebliche Exporterlöse erzielt werden.

Allein im Handel und dem Gastgewerbe könnte daher trotz eines starken Aufholprozesses bei der Produktivität mittelfristig die Beschäftigung unter günstigen Bedingungen auf über 1,1 Mio. Menschen zunehmen. Im zweiten Szenario dürften die Perspektiven, bedingt durch die weniger expansive Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung, deutlich ungünstiger sein. In beiden Fällen wird aber auch mittelfristig das westdeutsche Ausstattungsniveau - gemessen an der Zahl der Beschäftigten je Einwohner - nicht erreicht werden. Neben der weiterhin ungünstigeren Einkommensposition ist hierfür insbesondere der Nachholbedarf an Waren im Konsumgüterbereich verantwortlich, der erwarten läßt, daß geringere Anteile des privaten Verbrauchs auf Dienstleistungen entfallen.

Noch stärker werden die Rückstände bei den sonstigen privaten Dienstleistungssektoren sein. Hierfür spricht vor allem im produktionsorientierten Bereich ein deutlich geringer Industriesektor und insbesondere bei höherwertigen Beratungsdiensten ein stärkerer Rückgriff auf westdeutsche Kapazitäten. Dennoch wird, bedingt durch den starken Nachholbedarf beispielsweise im Kredit- und Versicherungswesen und bei Architekten-, Planungs- und Ingenieurleistungen die Produktion und Beschäftigung stark ansteigen. Im Bereich privater haushaltsorientierter Dienstleistungen sind die Entwicklungstendenzen dagegen differenzierter. Während im Reinigungsgewerbe und Gesundheitswesen sich eine starke Expansion abzeichnet, bestehen in den Bereichen Kultur und Sport angesichts der geringen Finanzspielräume der ostdeutschen Gebietskörperschaften kaum Wachstumsmöglichkeiten.

Insgesamt dürfte in diesen Dienstleistungssektoren die Beschäftigung zumindest gegenüber 1991 dennoch kräftig ansteigen. Vor allem im ersten Szenario bei günstigerer Entwicklung von Einkommen, Bevölkerung und Finanzlage der ostdeutschen Gebietskörperschaften erscheint - trotz vorhandener Rationalisierungspotentiale - ein Beschäftigungsumfang von über 1 Mio. Menschen möglich.

Im Verkehrssektor ist vor allem im Zusammenhang mit dem Ausbau des Telekommunikationsnetzes und der expansiven Entwicklung des Speditionsbereiches mit starken Zuwächsen der Bruttowertschöpfung zu rechnen. Bei den beiden großen Bundesunternehmen wird allerdings eine drastische Reduzierung der Beschäftigung nicht zu vermeiden sein. In beiden Fällen bestehen bereits abgestimmte Pläne zum Stellenabbau, so daß sich die Annahmen zur künftigen Beschäftigtenzahl in beiden Szenarien kaum unterscheiden.

Ähnliche Überlegungen kommen auch im Staatssektor zum Tragen. Angesichts der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung im zweiten Szenario wird in vielen Dienstleistungsbereichen eine Überführung in privatwirtschaftliche Trägerschaft zeitlich deutlich gestreckt werden. Berücksichtigt man darüber hinaus weitere sozialpolitische Maßnahmen, könnte die Beschäftigtenzahl daher hier sogar höher liegen als im ersten Szenario. Hier wäre zwar die Finanzlage günstiger, aber gleichzeitig erscheint eine raschere Anpassung an die institutionelle Aufgabenverteilung im westdeutschen Dienstleistungsbereich wahrscheinlicher. In beiden Fällen wird ein weiterer Beschäftigungsabbau gegenüber 1991 jedoch nicht zu vermeiden sein. Die Wertschöpfung im Staatsektor dürfte jedoch trotzdem aufgrund einer Verbesserung der Stellenstruktur beispielsweise im Zusammenhang mit dem Abbau der ABM-Maßnahmen zunehmen. Gegenüber Westdeutschland dürfte allerdings auch mittelfristig der Stellenkegel ungünstiger sein, was seinen Niederschlag in einer geringen Produktivität findet. Dies ist auch der Grund dafür, daß trotz der bezogen auf die Einwohnerzahl geringeren Wertschöpfung des Staates bzw. des niedrigeren Staatsverbrauchs zumindest im zweiten Szenario der Beschäftigtenbesatz je Einwohner in Ostdeutschland höher liegt als in Westdeutschland.

Gesamtwirtschaft

In den beiden hier skizzierten Szenarien zeichnet sich eine expansive Entwicklung der Bruttowertschöpfung (ohne Wohnungsvermietung) in Ostdeutschland ab. Die Wachstumsunterschiede fallen mit jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten von etwa 10 vH im ersten und knapp 6 vH im zweiten Szenario allerdings sehr deutlich aus. Hauptursache hierfür sind die unterschiedlichen Annahmen über den Erholungsprozeß im verarbeitenden Gewerbe. Berücksichtigt man darüber hinaus, daß im Zuge des beginnenden Modernisierungsprozesses im Wohnungsbau auch in diesem Bereich künftig ein positiver Beitrag zur Bruttowertschöpfung zu erwarten ist, dürften die Zuwachsraten der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt noch höher liegen.

Tabelle 6

Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland

	1989	1991	1993	2000		1991/ 1989	1993/ 1991	2000/1991	
				I	II			I	II
				absolut					Veränderung in vH 1)
Bruttowertschöpfung in Mrd DM 2)									
Land- und Forstwirtschaft	5,5	3,3	3	5	5	-22,5	-9,5	5,2	3,8
Energie und Bergbau	12,5	6,5	6	14	12	-27,9	-3,1	9,1	7,2
Verarbeitendes Gewerbe	115,9	47,6	59	156	98	-35,9	11,6	14,1	8,3
Baugewerbe	20,2	13,5	19	50	35	-18,4	17,7	15,7	11,0
Handel und Gastgewerbe	30,7	27,1	33	54	37	-6,1	9,8	8,0	3,4
Verkehr und Nachrichten	32,0	15,0	16	34	27	-31,5	3,0	9,6	6,6
Dienstleistungen 3)	71,6	51,7	65	118	84	-15,0	12,2	9,6	5,6
Staat und Orga. o.E.	48,5	46,8	43	63	56	-1,7	-3,9	3,4	2,0
Zusammen 3) 4)	336,9	211,5	244	495	353	-20,8	7,3	9,9	5,8
Wohnungsvermietung	-12,9	-13,7	-12	27	10
Insgesamt 4)	324,1	197,8	232	522	362	-21,9	8,2	11,4	6,9
Erwerbstätige in 1000 Personen									
Land- und Forstwirtschaft	989	463	210	191	221	-31,6	-32,7	-9,4	-7,9
Energie und Bergbau	306	228	210	117	115	-13,7	-4,0	-7,1	-7,3
Verarbeitendes Gewerbe	3261	2132	1119	1720	1105	-19,1	-27,6	-2,4	-7,0
Baugewerbe	597	572	673	660	540	-2,1	8,5	1,6	-0,6
Handel und Gastgewerbe	1104	893	901	1155	890	-10,1	0,4	2,9	-0,0
Verkehr und Nachrichten	719	566	553	395	357	-11,3	-1,2	-3,9	-5,0
Dienstleistungen 3)	929	612	790	1020	826	-18,8	13,6	5,8	3,4
Staat und Orga. o.E.	1917	1682	1562	1352	1386	-6,3	-3,6	-2,4	-2,1
Zusammen 3)	9822	7148	6018	6610	5440	-14,7	-8,2	-0,9	-3,0
Wohnungsvermietung	40	20	20	15	10
Insgesamt	9862	7168	6038	6625	5450	-14,7	-8,2	-0,9	-3,0
Produktivität in 1000 DM 5)									
Land- und Forstwirtschaft	6	7	13	27	21	13,2	34,3	16,1	12,6
Energie und Bergbau	41	29	29	121	106	-16,4	0,9	17,5	15,7
Verarbeitendes Gewerbe	36	22	53	91	88	-20,8	54,1	16,8	16,5
Baugewerbe	34	24	28	76	64	-16,6	8,5	13,9	11,7
Handel und Gastgewerbe	28	30	36	47	41	4,4	9,4	4,9	3,5
Verkehr und Nachrichten	45	27	29	87	75	-22,8	4,2	14,1	12,2
Dienstleistungen 3)	77	84	82	115	102	4,7	-1,2	3,5	2,1
Staat und Orga. o.E.	25	28	28	47	40	4,9	-0,3	6,0	4,2
Zusammen 3) 4)	34	30	40	75	65	-7,1	17,0	10,9	9,1
Wohnungsvermietung
Insgesamt 4)	33	28	38	79	66	-8,4	17,9	12,4	10,3

1) Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate.- 2) In Preisen von 1991.- 3) Ohne Wohnungsvermietung.- 4) unbeeinträchtigt.- 5) Je Erwerbstätigen in Preisen von 1991.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; 1992,1993: Schätzungen des DIW; 2000: Szenarioannahmen.

Tabelle 7

Produktion und Beschäftigung Ostdeutschlands in
Relation zu Westdeutschland

	1989	1991	1993	2000	
				I	II
Bruttowertschöpfung in vH Westdeutschland 1)					
Land- und Forstwirtschaft	17	10	9	16	14
Energie und Bergbau	18	9	8	18	16
Verarbeitendes Gewerbe	16	6	7	16	10
Baugewerbe	16	10	13	29	22
Handel und Gastgewerbe	14	11	12	18	13
Verkehr und Nachrichten	25	11	11	19	15
Dienstleistungen 2)	15	9	11	16	12
Staat und Orga. o.E.	15	14	12	17	16
Zusammen 2) 3)	16	9	10	17	13
Wohnungsvermietung
Insgesamt 3)	14	8	9	17	12
Erwerbstätige in vH Westdeutschland					
Land- und Forstwirtschaft	98	47	22	22	26
Energie und Bergbau	65	49	45	28	26
Verarbeitendes Gewerbe	38	24	12	19	12
Baugewerbe	33	30	35	32	28
Handel und Gastgewerbe	25	18	18	22	17
Verkehr und Nachrichten	46	36	35	26	23
Dienstleistungen 2)	23	13	16	19	17
Staat und Orga. o.E.	35	30	28	23	25
Zusammen 2)	36	25	20	22	19
Wohnungsvermietung
Insgesamt	36	25	20	22	19
Produktivität in vH Westdeutschland 4)					
Land- und Forstwirtschaft	17	22	40	70	54
Energie und Bergbau	27	18	19	65	60
Verarbeitendes Gewerbe	42	26	59	86	84
Baugewerbe	47	32	36	89	78
Handel und Gastgewerbe	56	61	71	82	73
Verkehr und Nachrichten	54	30	30	75	65
Dienstleistungen 2)	64	72	67	81	73
Staat und Orga. o.E.	43	46	45	74	64
Zusammen 2) 3)	44	37	50	80	70
Wohnungsvermietung
Insgesamt 3)	39	32	44	77	66
1) In Preisen von 1991.- 2) Ohne Wohnungsvermietung.- 3) unbereinigt.- 4) Je Erwerbstätigen in Preisen von 1991.					
Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; 1992,1993: Schätzungen des DIW; 2000: Szenarioannahmen.					

Trotz der sehr hohen Entwicklungsdynamik der Bruttowertschöpfung dürfte sich gegenüber 1991 die Zahl der Erwerbstätigen weiter verringern. Die relativ günstige Entwicklung auf der Absatzseite ist nur möglich, wenn angesichts der neuen Kostenrelationen die Arbeitsproduktivität extrem ansteigt. Je nach Szenario liegt der Produktivitätsanstieg bei jahresdurchschnittlich 9 vH bis 11 vH (ohne Wohnungsvermietung). Dies ist allerdings, ebenso wie bei der Produktionsentwicklung, kein kontinuierlicher Prozeß. Berücksichtigt man die Entwicklung in den Jahren 1992 und 1993, in denen ein Produktivitätszuwachs von über 35 vH gegenüber 1991 erwartet wird, so reduziert sich der Anstieg in den Jahren danach schon deutlich auf 7 bzw. 9 vH.

Der Gesamtumfang der Erwerbstätigkeit wird selbst unter den günstigen Rahmenbedingungen des ersten Szenarios vermutlich nur etwa 6,6 Mio. Beschäftigten erreichen. Dennoch dürfte sich durch Veränderungen im Arbeitskräftepotential nach ersten Grobabschätzungen die Arbeitsmarktsituation kaum von der in Westdeutschland Ende der achtziger Jahre unterscheiden. Im zweiten Szenario, in dem von einer nochmals um über eine Million geringeren Erwerbstätigenzahl auszugehen ist, wird auch auf mittlere Frist die Erwerbslosigkeit weit höher liegen als in Westdeutschland. Aufgrund der starken Bevölkerungsverluste wird die Zahl der Erwerbslosen in Ostdeutschland allerdings nicht wesentlich größer sein als 1991.